

Die "Volkswacht" erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 1/2, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich mit 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.75. Frei ins Haus mit 2.92. Wo keine Post am Orte Nr. 3.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einjährige Colonisats ober dem Namen 24 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Reise- und Veranlagungs-Anzeigen 15 Pfennige, Kurzwilige Inserate 25 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1204.

Nr. 58.

Freitag, den 4. März 1910.

21. Jahrgang

Der erste Erfolg bei den Landgemeinde-Wahlen.

Mit dem 1. März beginnen in Preußen jedes Jahr die Wahlen zu den ländlichen Gemeindevertretungen und schon am 2. d. Mts. ist in der Umgegend von Breslau der erste sozialdemokratische Sieg auf diesem Felde zu verzeichnen. In Deutsch-Bissa, der volkreichsten Arbeitergemeinde der Umgegend, wurde der erste Sozialdemokrat, Genosse Bittermann, ins Gemeindeparslament gewählt. Und zwar mit glänzender Majorität. Es erhielten nämlich Stimmen:

Bittermann (Soz.)	100 Stimmen
Hermann (Konl.)	32 "
Dr. Seitzgast (Bürgerpt.)	23 "
Zersplittert	2 "

Im Jahre 1908 hatten erst 21 Sozialdemokraten gegen 35 bürgerliche Stimmen den vergeblichen Ansturm versucht und gestern fiel uns bereits die erste reife Frucht in den Schoß, der hoffentlich im Laufe des Monats noch weitere folgen.

Leicht hat man es unseren Genossen nicht gemacht, diesen Erfolg zu erreichen. Allerdings legt man die Wahlzeit möglichst in eine Tagesstunde, in der man die Arbeiter fernhalten zu können glaubte, in Bissa z. B. von 10 Uhr Vormittags bis 11 1/2 Uhr Mittags. Doch Herr Bürgermeister Rumert, der große Sozialistensind, steht nun wie die rote Flut auch seinen und des wackeren Landrats Schugwall hinwegspült.

In Duzenden anderer Orte schlägt man Wahlberechtigte wider Gesetz und Recht von der Abstimmung aus — eine Angelegenheit, die gegenwärtig den Oberpräsidenten beschäftigt — aber all diese Spinnweben halten den Vormarsch der Arbeiterschaft nicht auf!

Und so hoffen wir, daß der Sieg in Deutsch-Bissa nur den guten Anfang bedeutet!

2000 Kilometer Militärhosen.

Ein ehemaliger Offizier schreibt uns: In der Budgetkommission des Reichstages wurde die Entdeckung gemacht, daß die preussische Militärverwaltung noch für 20 Millionen Mark blaues Militärtauch auf Lager hat. Selbst wenn man annimmt, daß das Meter dieses Tauches 10 Mark kostet, ergibt sich ein Vorrat von 2 Millionen Meter gleich 2000 Kilometer. Das entspricht ungefähr der Luftlinie von Metz nach Konstantinobel. Ist so etwas nicht imponierend? Muß der Gedanke, daß Diagonal fast über ganz Europa ein breiter Streifen aus königlich preussischem Militärtauch gespannt werden könnte, nicht jedes Preußenherz höher schlagen lassen? So etwas macht uns keine andere Nation nach.

Nörgler fragen natürlich, wie eine solche Verschwendung möglich ist. In diesem Falle kann die Reichstagsmajorität sich nicht damit entschuldigen, daß der Militäretat unübersichtlich aufgestellt sei. Zweifellos ist er ein Affenstück, das die Geringschätzung der Reichsleitung im Allgemeinen und der Militärverwaltung im Speziellen gegen den Reichstag drastisch illustriert. Während sonst beim Militär alles sorgfältig registriert werden, und, wenn Zahlen in Betracht kommen, senkrecht und waagrecht addiert werden muß, wird im Militärstat sehr viel dunkel gehalten, und den verehrlichen Abgeordneten, die eine Kontrolle üben möchten, die Ausrechnung der einzelnen Posten häufig einfach selbst überlassen. Da sind zum Beispiel oben auf einer Seite 60 Millionen Mark Ausgaben vorgetragen, am Schlusse der Seite sind 80 Millionen daraus geworden, die Zahlen aber, durch die das Anwachsen begründet ist, sind fortgelassen. Die kann der Herr Abgeordnete sich selbst ausrechnen.

Im konkreten Falle, also in dem, der vom 20 Millionen-Vorrat blauen Militärtauches handelt, kommt eine Verschleierung im Militärstat nicht in Betracht, denn die Militärverwaltung sagt ganz aufrichtig, wie viel sie für die Anschaffung von Militärtauch ausgeben will. Die Summen sind noch dazu so hoch, daß Abgeordnete, die sich umgehend mit dem Militärstat befassen, schon längst daran hätten Anstoß nehmen können. So wurden im Militärstat 1907 für das Reichsheer (Preußen, Sachsen und Württemberg) für den Bedarf an Militärtauch 11.121.805 Mark gebort. Da außerdem Bayern 1.384.156 Mark erhielt, so ergibt sich für die ganze deutsche Armee ein angeblicher Bedarf von rund 12.500.000 Mark für ein einziges Jahr, in dem nicht einmal eine große Militärvorlage in Kraft trat. Es war vielmehr ein ganz gewöhnliches Jahr. Rechnet man das Meter wieder zu zehn Mark, so hat die deutsche Armee nach der Behauptung der Militärverwaltung allein Anno 1907 1.250.000 Meter gleich 1250 Kilometer Tauch verbraucht. Das entspricht einer Strecke von Mühlhausen nach Königsberg, gemessen in der Luftlinie. Dabei ist noch zu bedenken, daß in den Kammern der Truppen große Bestände an fertigen Uniformen lagern. Das Wertwürdige besteht aber darin, daß die Soldaten, nach der Meiennummen, die für Militärtauch aus-

gegeben werden, nicht selten, namentlich zum Exercieren, Uniformen tragen müssen, die wirklich nicht mehr repräsentationsfähig sind.

Die allerhöchste Ausgabe des preussischen Junkertums, der Herr von Oldenburg, hat uns, ohne es zu wollen, mit seiner bekannten Rede wieder auf eine sehr sonderbare Erscheinung in der Armee hingelenkt. Im Heere wird bekanntlich der Glaube erweckt, daß der militärische Untergebene ohne Bestimmen jeden Befehl eines Vorgesetzten zu vollziehen habe. Auch in den Kriegsartikeln und im Fahnenbild wird dem Untergebenen die Pflicht des unbedingten Gehorsams auferlegt. Der § 47 des Militär-Strafgesetzbuches sagt aber deutlich, daß der Untergebene Befehle, von denen er weiß, daß sie auf Strafbares abzielen, nicht befolgen darf. Dieser wichtige Paragraph hat bisher wie das Wellchen im Verborgenen geblüht, und all mein Bemühen, ihn ans Licht zu ziehen, war vergeblich. Die reaktionäre, vorintuitivische Rede des Herrn von Oldenburg aber hat ihm indirekt zur Popularität verholfen. Recht so! Je rückständiger die Oldenbürger daher reden, um so mehr tragen sie zur Volksaufklärung bei. Herr von Heeringen ist natürlich auf die Seite des Januschauers getreten und hat jetzt gesagt, er habe damit die feinerzeitigen Verhältnisse in seinem Vaterlande kurzgefaßt im Auge gehabt. Es ist eine verdiente Fronte des Schicksals, daß der Herr Kriegsminister sich zu seiner Entschuldigung just auf den elendesten aller um die Mitte des vorigen Jahrhunderts regierenden deutschen Landesväter bezogen hat. Wir sind der Meinung, daß dieser hohe Herr von Gottes Gnaden, der Friedrich Wilhelm I. hieß, eigentlich ein abschreckendes Beispiel gegen die Theorie war, wonach die Armee das willenslose Werkzeug des regierenden Fürsten sein soll. Unter ihm ist der Verfassungsbruch von oben geradezu chronisch gewesen, und er hat es soweit gebracht, daß seine geliebten Untertanen die Annexion durch Preußen als eine Erlösung begrüßten. Dieser ewige Verfassungsbrecher beweist geradezu die Notwendigkeit, daß auch die Armee auf die Verfassung vereidigt gehört. Man stelle sich nur vor, daß nach der Anschauung des Herrn von Heeringen, des Herrn von Oldenburg und der ganzen Junkerzunft im Deutschen Reich zirka 100.000 bis an die Zähne bewaffnete Männer vorhanden sind, die auf den Befehl eines Einzigen die ganze Verfassung über den Haufen werfen, die politische Arbeit von Tagessinnen vernichten, und, wenn es oben gerade gewünscht wird, den Absolutismus aufrichten würden. Wäre dem so, so wäre der Absolutismus noch garnicht abgeschafft, denn die Verfassung würde nur ein Gnadengeschenk sein, das der regierende König von Preußen jederzeit aufheben könnte. Und ist es denn nicht möglich, daß in Preußen einmal ein Geisteskranker auf dem Thron sitzt? Wie lange ein derartiger Kranker regieren kann, hat man an Ludwig II. von Bayern gesehen, der schon 1866 deutliche Spuren seines Lebens zeigte und erst zwanzig Jahre später abgesetzt wurde!

Aus der Wahlrechtsbewegung.

Die Wahlreform hinter den Kulissen.

Die Verhandlungen der konservativen Parteien, des Zentrums und der Nationalliberalen über einen Vermittlungsantrag zur Wahlrechtsvorlage haben auch am Mittwoch fortgedauert. Bisher ist eine Einigung noch nicht erfolgt, jedoch hofft man, bald eine Form gefunden zu haben, die als Basis für die zweite Kommissionslesung betrachtet werden kann. Die Hauptwertigkeit besteht darin, daß bei der Beibehaltung der indirekten Wahl durchweg die geheime Abstimmung beschlossen werden müßte, wenn ein Bloß von Seydewitz bis Friedberg geschlossen werden soll. Ob die Regierung gegen die geheime Wahl ihr Votum abgeben wird, steht noch nicht fest. Im allgemeinen ist die Mehrheit der Kommission aber zuversichtlich. Ueber die Art des Vermittlungsantrags wird Stillschweigen beobachtet.

Dem „D. N.“ zufolge bezogen sich die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Konservativen, der Freikonserativen und der Nationalliberalen Partei in der Hauptsache auf eine anderweitige Gestaltung der §§ 8—10 der Wahlrechtsvorlage, betreffend die Merkmale für das Aufsteigen in die höheren Wählerklassen. Zu einem festen Ergebnis haben diese Besprechungen noch nicht geführt, nur darin scheint Uebereinstimmung zu bestehen, daß man Ehrenämter, öffentliches Vertrauen und Bildung zu Grundlagen für die Regelung der Frage machen will. Die Beschlüsse der Wahlrechtskommission erster Lesung seien für die nationalliberale Fraktion unannehmbar.

Anscheinend werden also die folgenschwersten Entscheidungen in den großen Fragen des Wahlrechts von den bekannten „Volksparteien“ hinter den Kulissen entschieden.

Dertel erlaubt es nicht.

Die preussische Regierung hat die für den nächsten Sonntag geplanten Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Weil der regierende Bund der Landwirte ihr nicht gestattet sie zu erlauben, und weil sich der preussische Ministerpräsident und Kanzler gegen das Reich, Herr von Bethmann-Hollweg, wie bisher noch immer auch diesmal in seine „gottgegebene Abhängigkeit“ zu flügen gebenkt.

Die konservativ-agrarische „Deutsche Tageszeitung“ richtete schon vorher an die Polizei eine öffentliche „Mahnung“, in der ausgeführt wird, daß eine Genehmigung von Versammlungen unter freiem Himmel „geradezu als eine Pflichtverletzung angesehen“ werden müßte, und sie schloß ihren Appell drohend im Ton des Vorgesetzten und Befehlshabers:

Wir erwarten deshalb mit aller Bestimmtheit, daß die Polizei ihre Zustimmung zu den geplanten Versammlungen versagt.

Was blieb da dem preussischen Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern anderes übrig, als den ihnen erteilten Befehl in starrer Haltung, den Mittelfinger an der Hosennah, entgegenzunehmen? Hat doch neulich bei einem viel geringeren Anlaß, wegen Empfehlung der Germanicus-Broschüre, der konservative Herr von Pappenheim in der preussischen Landstube mit der Faust auf den Tisch geschlagen und den armen verschüchtert dreinschauenden Minister des Innern wie einen Rekruten heruntergepußt!

Trotzdem bleibt deswegen doch das Verbot einer unverantwortlichen Unterdrückungspolitik gegen das preussische Volk. Nicht über friedliche öffentliche Versammlungen gestattet und damit die Volksbewegung in legitime Bahnen leitet, sondern wer durch gewalttätige Unterdrückungsmaßnahmen die vorhandene Erregung und Erbitterung der Massen künstlich steigert, übernimmt eine furchtbare Verantwortung vor der Geschichte und macht sich moralisch haftbar für die Folgen, die aus einer so töpflös verkehrten Politik erwachsen können. Alle Erfahrung hat bewiesen, daß Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie nicht von der Polizei aus politischer Parteilichkeit gestört werden, einen musterhaft geordneten Verlauf nehmen. In Frankfurt a. M., Breslau, Dortmund, Bochum, Berlin und in zahlreichen anderen Städten hat es sich gezeigt, daß die wichtigsten Straßenemonstrationen, die gewaltigsten Massenversammlungen ohne jede Störung verlaufen, wenn sich nur die Polizei ruhig verhält oder am besten sich überhaupt gar nicht sehen läßt.

Die Absichten der Berliner Genossen wurden der Polizeibehörde und durch eine Deputation dem Minister des Innern unterbreitet. Sotowohl der Berliner Polizeipräsident wie der Minister des Innern versagten die Genehmigung für eine Versammlung im Treptower Park. Das Verbot des Polizeipräsidenten beruht sich auf die Demonstration vom 13. Februar, bei der 200.000 Menschen Umzüge in den Berliner Straßen gehalten haben. Da eine Genehmigung damals nicht nachgesucht war, hätten alle Teilnehmer gesetzwidrig gehandelt. Es sei damit betonen, daß diese Leute die Gesetzwidrigkeit nicht scheuen und deshalb Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorhanden ist, weshalb die Versammlungen verboten werden müssen.

Ob es aber Herrn Dertel und seinen zwei Mann, dem Polizeipräsidenten und dem Minister, gelingen wird, Demonstrationen am nächsten Sonntag zu verhindern und womöglich die ganze Wahlrechtsbewegung ein für allemal polizeilich zu verbieten, das wird sich innerhalb erst zu zeigen haben. Selbst der Autokrat in der Dessauerstraße, der jetzt mit seiner drohend geschwungenen Mistgabel ganz Preußen regiert, scheint zu begreifen, daß sein Erfolg nicht mehr als ein Schlag ins Wasser ist. Denn auf die Ankündigung des „Vorwärts“, wenn man sich nicht „berufsausscheiden“ dürfe, dann werde man eben „stetlich spazieren gehen“, antwortet die „Deutsche Tageszeitung“ ziemlich steinlaut:

Wir haben das Vertrauen, daß die Berliner Polizei auf der Hut sein und Sorge tragen wird, daß solche Spaziergänge nicht zu unzulässigen Kundgebungen ausarten.

Mit der Großherzigkeit, die den Starren auszeichnet, gestattet aber Herr Dertel den Berlinern, am nächsten Sonntag im Treptower Park spazieren zu gehen. Die Berliner dürfen von dieser höchstbilligsten Erlaubnis wohl auch gemessenen Gebrauch machen — ob gerade im Treptower Park, wissen wir nicht, vielleicht gehen sie auch anderswohin. Die Berliner Polizei aber wird sich hoffentlich in die etwas peinliche Rolle, in die sie durch ihre eigene Schuld geraten ist, mit Würde zu finden wissen.

Die Reaktionäre hehen.

Das Verbot der Berliner Wahlrechtsversammlungen unter freiem Himmel hat die reaktionäre Presse ermüdet, Polizei und Staatsgewalt gegen die aufs Neue entzweiten Massen scharf zu machen. Allen voran die von einer Anzahl Geldleuten ausgehaltene „Post“. Sie schreibt:

Die Unterdrückung, die der Minister zwischen organisierten Genossen und dem Janbangel macht, verleben wir, offen gestanden, nicht recht. Nach allen Erfahrungen, die man seit mehreren Jahrzehnten gemacht hat, sollte man sich doch darüber klar sein, um wieviel gefährlicher der politisch organisierte Janbangel ist, als der nicht organisierte unpolitische.

Es gehört die bodenlose Frechheit der „Post“ dazu, die in Berlin organisierten Arbeiter des Janbangel

leinerlei Demonstrationen zuzulassen.

Die „Kreuzzeitung“ meint:

Die sozialdemokratische Parteileitung geht, wie man hier sieht, entgegen ihrer bisherigen vorläufigen Taktik darauf aus, die großstädtischen Arbeitermassen direkt zu gewaltigen Handlungen systematisch anzuregen. Es ist der Beginn eines sorgfältig geplanten Massenvorstoßes gegen die Staatsgewalt, der jetzt um so größere Beachtung verdient, weil der sozialdemokratische Revolutionstag, der 18. März, nicht mehr fern ist. Es wäre zu verwundern, wenn nicht gerade für diesen Tag besonders mächtige Kundgebungen geplant wären. Die Staatsregierung wird sich angefangen dieser fortwährenden Aufregung der Massen, die eine fortwährende Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstellen, doch nun einmal die ernste Frage vorlegen müssen, ob es nicht die höchste Zeit ist, der so heftig verheißenen Staatsautorität mit aller Strenge Geltung zu verschaffen.

Dagegen sagt die demokratische „Berliner Volkszeitung“ mit Recht: „Somit stellt sich das Verbot der Treptower Versammlung unter freiem Himmel als ein neuer Schlag ins Gesicht der Berliner Bevölkerung, als eine neue Verkümmernng des Rechts von Hunderttausenden von Bürgern dar, die ihrer berechtigten Empörung über die preussische Wahlrechtschmach in durchaus gesetzlicher Form Ausdruck geben wollen! Natürlich wird auch die neueste Polizeität nur dazu beitragen, dem Kampfe gegen die Junkerherrschaft in Preußen immer neue Streiter zuzuführen.“

Polizeilich genehmigte Demonstrationen.

Der Polizeipräsident in Kassel hat das für Sonntag, den 6. März, geplante Massenmeeting unter freiem Himmel erlaubt. Der Magistrat hatte den größten in städtischem Bereiche befindlichen Platz, den sogenannten „Forst“ zur Abhaltung des Massenmeetings freigegeben.

Der Polizeipräsident hat außerdem die nachgesuchte Erlaubnis zu einem Demonstrationzug durch die Stadt erteilt.

Die Polizeibehörde von Essen hat auch eine Wahlrechtsversammlung unter freiem Himmel und zwar auf einem großen Platz, der mitten in der Stadt liegt, genehmigt. Polizei soll nur ganz wenig aufgeboten werden, dagegen mußten sich unsere Genossen verpflichten, bei dem An- und Abmarsch 2-3 der belebtesten Geschäftsstraßen zu vermeiden.

Auch in Solingen wurde die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel erteilt.

Politische Uebersicht.

Justizfragen in der Reichstags-Kommission.

In der Sitzung vom 1. März beschäftigte sich die Justizkommission mit den §§ 248a und 264a des Strafgesetzbuches. Der erste Paragraph behandelt den aus Not begangenen Diebstahl. Die Regierungsvorlage sah für diese Tat bis 800 Mk. Geldstrafe oder bis zu 6 Monaten Gefängnis vor. Die Kommission ermächtigte in erster Lesung die höchste Freiheitsstrafe auf 3 Monate, in zweiter Lesung blieb die Kommission bei dem Beschlusse unter Ablehnung aller Abänderungsanträge. Der § 264a betrifft auch das Diebstahl, das unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ausgeübt wird, mit einer Strafe bis zu 3 Monaten Gefängnis. Die Sozialdemokraten beantragten, dem § 361 St.-G.-B. die Bestimmung einzufügen, daß, wenn das Verbrechen aus Not erfolgte, auf Freisprechung erkannt werden kann. Ähnliche Anträge wurden vom Zentrum gestellt. Die Regierung sprach sich gegen jede Erweiterung mildernder Strafbestimmungen wegen des Diebstahls aus. Sie verwies darauf, daß diese Frage von großer prinzipieller Bedeutung sei und bei diesem Gesetz nicht berücksichtigt werden kann, sondern bei der gesamten Reform des Straf-Gesetzbuches behandelt werden sollte. Unter Ablehnung aller Abänderungs-Anträge blieb es bei dem Beschlusse in erster Lesung. Unverändert wurde der § 355 St.-G.-B. angenommen. Er betrifft den mit Gefängnisstrafe beabachteten Bruch des Telephon- und Telegraphengeheimnisses oder die Fälschung von telegraphischen Mitteilungen. In dem Spreßungsparagraphen 258 waren von den Sozialdemokraten Anträge gestellt,

Erpressung im Sinne des Strafgesetzbuches die Handlungen nicht mehr fallen könnten, die von den Gewerkschaften bei Geltendmachung gewerkschaftlicher Forderungen unternommen werden. In einer Abstimmung kam die Kommission noch nicht.

Noch einmal die Marineschlampelei.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ fühlen das bringende Verdrüßnis, der dortigen Werftverwaltung in ihrer prekären Lage, in die sie durch die Enthüllung in ihrer Budgetkommission geraten ist, zu Hilfe zu eilen.

Da die Wichtigkeit der bevorstehenden Angaben, soweit es sich um die Laifade, daß in ein in das Eis gefahrenes Loch Gegenstände verfrachtet worden sind, handelt, nicht bestritten werden können, so betet das genannte Blatt der Werftverwaltung das Sprüchlein nach, es handle sich nur um wertlose Abfälle, die bei der Abführung gefunden worden seien. Demgegenüber behaupten die Gewährsmänner unseres Genossen, daß die Untersuchung sehr mangelhaft ausgeführt worden ist. Sie dauerte kaum eine halbe Stunde und wurde mit Stangen und Werkzeugen vorgenommen, die zu diesem Zwecke höchst ungeeignet waren. Trotzdem fand man ein Stück gutes Segeltuch von sieben Meter Länge, ein zwei Meter langes Kupferrohr, ein gewundenes Kupferrohr von drei bis vier Meter Länge, zwei Eidechsen, ein Schleimkreide usw. Was würde man aber erst gefunden haben, wenn, wie das bei dem moorigen Untergrund allein richtig gewesen wäre, man die Abführung durch Taucher hätte vornehmen lassen. Die Werftverwaltung und die ihr dienenden Mitarbeiter haben also gar keine Ursache, sich aufs hohe Ross zu setzen und von völliger Unfähigkeit der Seebeständigen Beschlüssen zu sprechen. Entweder man hat die Gegenstände dort verpackt, um sie bei passender Gelegenheit aus dem Werftbetriebe hinauszubringen und zu Geld zu machen, oder man hat sie verpackt, um bei der Inventuraufnahme keinen Mangelstand zu haben und sich auf diese Weise unangenehme Schreibarbeit zu ersparen. Die letztere Annahme ist für die Werftverwaltung die diametrale, weil eine solche Materialverschwendung nur in einem Betriebe möglich ist, wo es selbst bei der obersten Verwaltung an dem erforderlichen Verantwortlichkeitsgefühl fehlt.

Im übrigen wird im Plenum des Reichstags die Angelegenheit noch gründlich behandelt werden; gründlicher jedenfalls, als es der Marine- und der Danziger Werftverwaltung lieb sein wird.

Der gebundene Grundbesitz in Preußen.

Die amtliche „Statistische Korrespondenz“ veröffentlicht eine Uebersicht über die Verteilung der Fideikommissionen auf die einzelnen Besitzerglieder. Danach waren Ende des Jahres 1907 2.290.797 Hektar Fläche fideikommissionarisch gebunden. Der ungeheueren Grundbesitz gehört nur 1075 Personen. Von diesen entfallen:

- Auf die regierenden Häuser 24 mit 221.675 Hektar,
- Auf deutsche Landesherren 36 mit 287.130 Hektar,
- Sonstige fürstliche Häuser 28 mit 269.141 Hektar,
- Grafen 25 mit 771.883 Hektar,
- Sonstige Adelige 614 mit 704.952 Hektar und
- Bürgerliche 116 mit 44.956 Hektar.

Mehrere Fideikommissionen waren in einer Hand vereinigt und zwar hatten von den 26 Mitgliedern regierender Häuser mit 37 Fideikommissionen 7, von den 36 deutschen Landesherren mit 55 Besitzungen 14, von den 28 Angehörigen sonstiger fürstlicher Häuser mit 34 Besitzungen 5, von den 255 Grafen mit 295 Besitzungen 32, von den 614 sonstigen Adelligen mit 657 Besitzungen 38 und von den 116 bürgerlichen mit 117 Besitzungen 1,2 oder mehr Fideikommissionen inne.

Die „sonstigen“ Adelligen stellen allein nahezu drei Fünftel und demnach die Grafen fast ein Viertel der Fideikommissionen, während an der Fideikommissionfläche die größten Geschlechter mit rund einem Drittel und hierauf der „sonstige“ Adel mit ungefähr drei Fünfteln bei weitem am stärksten beteiligt sind. In den Größenverhältnissen des einzelnen Fideikommissionärs bis zu 5000 Hektar entfallen auf den „sonstigen“ Adel die Mehrzahl, bei 5000 bis zu 10.000 Hektar auf die Grafen und bei den noch größeren Klassen auf die Mitglieder der regierenden und fürstlichen Häuser und der deutschen Landesherren. Die niedrigsten Größenverhältnisse weist der Besitz der Bürgerlichen auf.

war öffentlich, damit er kontrolliert und eventuell bestraft werden kann. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht Sätze wie folgende:

In den unangenehmsten und unsympathischsten Umständen der geheimen Wahl gehet die sich unter ihrem Deckmantel verborgene Pflichtwidrigkeit und Unaufrichtigkeit der mancher Beamten. (1) Denn es kann leider nicht bestritten werden, daß eine nicht unwesentliche Anzahl von Personen aus den Reihen der unteren Beamten bei geheimen Wahlen sogar schon in ersten Wahlgang sozialdemokratisch wählen, was sie bei öffentlichen Wahlen nicht wagen würden. Dies ist unbedingt eine Pflichtwidrigkeit; denn eine derartige Handlungswiese läßt sich mit den schworen Beamtenpflichten und mit der allgemeinen Stellung der Beamten keinesfalls vereinigen.

Der Beamte braucht nach dem Wesen der geheimen Wahl keine Stimmabgabe an sich nicht zu offenbaren; aber die verlegte Pflicht und die Verschweigung ihrer Verletzung macht ihn doch zum innewohnlichen Unwahren, der nicht mehr freier Stimmgeber im öffentlichen Blick in seinem Beamtentum dastehen kann. Er muß sich selbst als unaufrichtig, als heuchlerisch unter falscher Maske vorstellen.

Aber wenn er öffentlich wider seine Ueberzeugung abstimmen muß, dann zwingt ihn der Staat nicht zur Unaufrichtigkeit, nicht zur Heuchelei! Diese ollen ehrlichen Beamten!

Im Reichstage wurde am Mittwoch zunächst über die zahlreichen Resolutionen zum Titel „Staatssekretär des Innern“ abgestimmt. Die Mehrzahl der Resolutionen, darunter auch eine Reihe sozialdemokratischer, wurde angenommen. Unter den abgelehnten befanden sich neben ein paar extrem-jüdischeren die polnische Resolution auf Aufhebung des Sprachenparagrafen und die Resolutionen unserer Fraktionen auf wirksamen Schutz von Leben und Gesundheit so heftigster Arbeiterkategorien, wie der Feuerarbeiter, der Bergarbeiter und der Glasarbeiter. Diese Ablehnung ist bezeichnend für die Grenzen, die dem bürgerlichen Eifer für Sozialreform gesetzt sind als die Annahme der Mehrzahl der Resolutionen, unter denen es übrigens auch nicht an agrarischen und jüdischeren fehlt. Gewiß würde die Durchführung der in den angenommenen sozialdemokratischen Resolutionen liegenden Forderungen einen immerhin recht beträchtlichen Schritt nach vornwärts bedeuten. Aber die Vorbedingung der Durchführung ist, daß die Mehrheit wirklich hinter den Resolutionen steht. Da aber hapert. Die hohe Reichsregierung weiß sehr wohl, daß das resolutionenselbstige Zentrum eine Sozialpolitik treibt, die stark nach weicher Salbe schmeckt, und daß sie daher seelenruhig die meisten Resolutionen gemächlich in den umfangreichen Papierkorb des Bundesrats stecken lassen darf.

In der Spezialdebatte, die nunmehr folgte, wurde über ungezügelt Dinge geredet, als da sind Hertinge, Reblaus, drahtlose Telegraphie, Luftschiffahrt usw.

Zu später Stunde hielt es der katholische Priester Frank Rathbar für nötig, auf die armen Jäger zu schließen und nach Vermehrung der Gendarmen zu sprechen. Genosse Brüning gab ihm darauf die gebührende Antwort und beleuchtete die Angelegenheit, mit der Polizei- und Militärbehörden gegen Auswanderer verfahren.

Abgelehnter Knebelungsparagraph. Die Justizkommission des Reichstages lehnte nach der letzten Debatte den Knebelungsparagraphen nicht den dazu vorliegenden Anträgen ab, jedoch es nach den Kommissionsbeschlüssen bei dem bisherigen Rechtszustand bleiben.

Die Kreuzfäden Faltenscherer. Mit welchen Abenteuern mitunter die liberale Presse pflegt, das hat in diesen Tagen wieder die „Germania“ bewiesen. Sie denunziert den österreichischen Botschafter gleichmäßig seinem Kaiser und dem Papst, indem sie schreibt:

„Es ist für die gläubigen Katholiken Berlins ein unerträgliches Vergernis, daß die Katholiken eines anderen Staates durch Veranlassung eines Volkes mitten in der Fastenzeit ein Nüchterngebot großlich mit Füßen treten. Noch größer aber wird dieses Vergernis dadurch, wie die Kaiserlicher weiter berichtet, auch der hiesige Botschafter seiner Kaiserlich-Königlichen apostolischen Majestät Franz Josef und das gesamte Botschaftspersonal mit dem Generalkonsul an dem Balle teilnahmen. Wir wissen nicht, ob auch in Oesterreich selbst, — wo ja allerdings vieles möglich ist, was man anderwärts für undenkbar hält, — so hohe Staatsfunktionäre an Tanzbelustigungen und Wällen während der Fastenzeit sich offiziell beteiligen, aber die hier wohnenden Oesterreicher mit dem Botschafter an der Spitze könnten wissen, daß am Berliner Hofe mit dem Schluß des Karnevals auch die Ballaison schließt, und wenn sie nicht aus eigenem Gefühl heraus wissen, was sich schließt und was freilich erlaubt ist, und was nicht, sollte dieses Beispiel des hiesigen Hofes sie darüber belehren.“

Die arme Germania! Wenn sie über alle Katholiken, die in der Fastenzeit ein laßiges Festballet mitmachen, solch ein Donnerwetter ergießen sollte als über den „Botschafter seiner

Noland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Götting.)

Die nun viele auch waren, die's den Rathenows nicht gähnten, in die reiche Familie zu heiraten, und andere, die's den Schumann nicht gönnten, daß sie mit den Rathenows ein wurden, die meisten freuten sich doch auf die Hochzeit; und was würde da nicht gelaust werden und drauf geben; denn Bartholomäus Schumm ließ sich nicht lumpen. Das mußte geschick Herr Niklas Perwenitz aufpassen. Den und jenen fragte er, ob er das Hochzeitsgeld schon fertigen lassen, und den dritten schon bereit habe? Mit wie letztem Worte mußte er von dem Richter zu sprechen, das seiner juristischen Gaben Rathenow, Herr Götting, beim Gastgebe in Spanien bereiten lassen, nach französischer Rezepten, wie man es in den Staaten noch nicht gesehen. „Auf der Junge, sag' ich auch, zerging's und kuffte wie ein Kustur und indisch Gewürze, und sah von außen wie eine Schildkröte aus, die auf ihren Rücken schritt; so man aber näher trat, waren die Punkte und Ringel auf dem Rücken alle die Wappen der Städte und Schlösser des gnädigen Rathgrafen; auch Berlin war darunter und Köln, und daß die seine Sachen nicht apart für sich mit dem Stoff aus. Sie schmeckten ihm herrlich, als ich's glauben will, da sie geschmeckt waren aus großen Kellen und Sandarten, mit Speck und Gewürz. Seine Gaben lobelten und die von den Ständen besegelten, als er sie auseinander schüttet und sprach: „Das sind zwei Dänen, ist für einen zu groß!“ — Darum nicht lange, lieber Rathbar, sprach ich zu Herrn Duns von Frankfurt, der neben mir saß; ist einmal eine Hochzeit bei uns, wollen wir auch solche Prunkstücke haben. Soll auch dann wie die Stadt Troja, und legen die griechischen Rathgrafen zehn Jahr, ohne sie zu kriegen, bevor, und hätten noch zehn Jahr liegen mögen, wären die Trojaner nicht so einseitig gewesen und unweis unter sich.“

„Hör er sprach noch manches von Troja und der Prunkstücke, und wie er wohl beide das Rezept zu erhalten durch Götting des Herrn Götting, welcher diergehe Lage bei ihm in Brandenburg gewohnt, und dann meinte er, bei der Hochzeit werde es sich auch nicht an lustigen Besuchen, setzen, und einen Rathenow erinnerte er, wie er bei Götting Prunkstücke Hochzeit eine Zeit vorgeföhrt und so wünschenswert, daß alle es gelaust, bis die fünf den schönsten Hochzeitsmahl in Reimen geschloßen, daß viele Gäste vor Ergrüben unter den

Rathenow. Die jüngeren wunderte er auf, es sich nicht setzen zu lassen, so der schöne Rathenow gekommen, und besprach selber, so man ihn einlade, einen Spaß, haben sich reden lassen.

Als nun die Versammlung, halb aufgehoben, halb von selbst, in recht guter Laune auseinander ging, schien nur der Rathenow der Stadt Berlin unzufrieden. Hatte umsonst die lange Liste der Klagepunkte aufgeworfen. Da sah er jetzt, als er die Verhandlung schließen wollte, einen Punkt, der war gar nicht berührt.

„Mit lauter Stimme rief er da, daß er die noch im Saale waren, zurückhalte: „Die siebenundzwanzig Schod böhmische Gröschchen für Auflösung des an Tage bei Erremmen gefangenen Götting Rathenow, Vater, deren auf ihren Anteil die von Köln sich weigern, was haben die wohlweisen Rathmannen darüber für gut erachtet?“

Alle schwiegen und sahen sich an. 's war ein Hauptpunkt ihrer Streitigkeiten, so immer wiederkehrte. Man hatte ihn heute weislich nicht berührt. Da schlug Herr Bartholomäus Schumm die Hand auf den Tisch: „Nicht einen roten Heller!“ Die Götting Herren, so noch im Saale waren, sprachen's ihrem Rathenow nach. Und Niklas von Wankensfelde, der Altersmann der Göttinger und ihr gewählter Bürgermeister, von dem noch viel die Rede sein wird, der sprach: „Das versteht sich von selbst.“ Klang's fast als eine neue Herausforderung für die von Berlin; deren waren nur wenige noch im Saale.

Der Rathenow riefen ihnen nun gar nicht länger Laß, von dort aufzugeben, und wollte nicht. Und Status des Streitiges nachmals lesen, als Niklas Perwenitz die Hände hob und ihm gabwinkte, um Gottes willen, daß er's nun nicht läte.

Johannes Rathenow sprach, die Einn nunmehr, wie bis von der Sache berührt: „Die Forderung ist vollständig, und ist's ein: Schande für den Rathenow Erbde, daß sie von Vater auf Sohn dreißig Jahre fortsetzen konnte.“

Darum geht Ihr's dem Jungen nicht aus, was Ihr verweist dem Vater schuldig zu sein!“ rief Bartholomäus Schumm. „Das Rathenow antwortete: „Wir wollen zahlen, was auf uns fällt, für keine und liebe Dinge. Ohn' Götting Rathenow wären wir im Beispiele in die Pfanne gekommen.“

„In ihr von Berlin!“ riefen die Göttinger. „Er darf sich zwischen und werd gefangen, weil er uns gereizt.“

„Die von Köln hatten sich auch schon selber barockgehauen“, sprach Herr Bergholz von Köln, der doch nicht dabei getvosen. „Daran ist Herr Götting Rathenow.“

allein, weil er auch allein raus zog aus dem Stuch“, sprach Herr Bartholomäus.

„Und geht uns das andere nichts an“, sagte Herr Mathis Wankensfelde.

„Das ist nicht recht und gut“, rief der Bürgermeister und rülte an seinem Bart. „Auf beider Städte Frauen und Schaden taken wir in gesamten Hausen und aus freien Stücken dem Burggrafen Götting. Das einer list, das list der andere mit, was einem fromme, das fromme dem andern mit.“

„Gvatter!“ flüsterte der Brandenburger. „Ich meine, wir hätten alle Nutzen vom Göttinger.“

„Ist nicht erwiesen!“ sprachen die von Köln ihrem Vettermann nach.

„Herr Gott und Sanft Niklas!“ rief Herr Johannes. „Er muß bezahlt werden, der Junge. Er muß, er muß!“

„Nicht eurem Gemüthe! So viel an dem Rathgrafen gefellen“, erwiderte Herr Mathis Wankensfelde, spöttisch, „was schlägt ihr ihm die Fährnisstelle ab!“

„Reinethaben macht ihn“, sagte Herr Bartholomäus, „zum Rathenow Bürgermeister.“

Und Herr Bergholz setzte hinzu: „Und wir von Köln wollen doch fertig werden mit Berlin, wenn sie auch ihre Burgen zu Meistern machen, und die Kesselfeder zu Rathmannen.“

...dann würde sie mit der Kapuzinerpre-
digt bis an ihr selbige Ende nicht fertig.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte am
Mittwoch den 13. d. Mts. für Rheinland. Es wurden noch einige
Abträge an den geforderten Summen für bauliche Aufwendungen
gemacht und an dem Wohnungsgeld für die niederen Beamten ein
Ziel erreicht. Ferner wurden von den 75.000 Mk., die für
Reisen und Umzugskosten ausgeworfen sind, 25.000 Mk. gestrichen.
Nach einer Verechnung haben von den 100 Beamten, die in Rheinland
sind, etwa die Hälfte Anspruch auf Heimaturlaub und bei der an-
geforderten Summe würden auf einen Urlaub demnach ca. 6000 Mk.
entfallen. Neben diesen Abträgen nahm die Kommission noch an einer
ganzen Reihe kleinerer Positionen unbedeutendere Abträge vor.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordneten-
hauses verhandelte am Mittwoch über den Antrag weiter. Eine
Revision des Gesetzes v. D. 1891, betreffend die Verwaltung des Ober-
problems durch Staaten wird vom Minister als viel zu teuer und
unsicher hingestellt. Auch die Wasserbauplaner haben das Pro-
jekt abgelehnt. Dann wurde der Antrag, die Bibliothek des
Abgeordnetenhauses umzubauen, wegen der schlechten Finanzlage
Preussens abgelehnt. Ferner verhandelte die Kommission über die
Anleihe Helgoland. Der Minister erklärte, daß die Staats-
regierung mit großer Sorge die Abbrückelung der Insel verfolgt, und
es soll bei Gelegenheit eine Mauer um die Felseninsel gezogen
werden, die einen Kostenaufwand von 3.000.000 Mk. erfordert. Die
Konserwativen verlangen, die Sache zu verlagern und erneute Ver-
handlung mit dem Reich zu führen, um zu erreichen, daß das Reich
zwei Drittel und Preußen ein Drittel der Kosten trägt. Preußen
sönne sich nicht immer vor dem Reich das Fell über die Ohren ziehen
lassen. Bei der Steuerreform habe man Preußen um 5 Millionen
Mark geschädigt. Bei der Post erlitt Preußen einen Schaden von
41 Millionen Mark. Der Minister verteidigte die Vorläufe damit,
daß Preußen wegen der Felseninsel ein großes Interesse an der
Felseninsel habe. Es sind in letzter Zeit mehrere hundert Quadrat-
meter Felsenland weggespült worden.

Das Herrenhaus wird am 15. und 16. d. Mts., vielleicht
auch noch am 17. d. Mts., eine Plenarsitzung abhalten, um eine Reihe
kleinerer Vorlagen zu erledigen.

Ein paar Konzeptionschützen. Wie das „Militär-Wochen-
blatt“ meldet, sind zwei bürgerliche Vorbesatzoffiziere als
Leutnants in das 2. Garde-Infanterie-Regiment ein-
gestellt worden. — Der Liberalismus wird kollektiv.

Die Landtagswahl in Baden erhielt der bis-
herige Zentrumskandidat, Oberlandesgerichtsrat Schmidt,
5600 Stimmen und damit eine Zunahme von 800, während die so-
zialdemokratischen Stimmen von 1600 auf 1200 gefallen waren und
auch die Liberalen 100 Stimmen verloren hatten. Dieser Rückgang
der sozialdemokratischen und liberalen Stimmen ist wohl darauf zu-
rückzuführen, daß die Wähler den Kreis als sicheren Zentrumskandidat
hielten und nicht für notwendig erachteten, zur Wahl zu gehen. Das
ist natürlich nun sehr zu bedauern.

Die Bremischen Lehrer und das Glückwunschtelegramm
an Hebel. Die Bremischen Lehrer, die aus Anlaß der im Wege
des Disziplinarverfahrens erfolgten Dienstentlassung von am
21. Februar verabschiedet waren, hatten einen Glückwunsch an den
Genossen Hebel abgeandt, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben
wurde, daß ihm noch ein recht langes Wirken im Dienste des Klassen-
kampfes beschieden sein möge. Das Telegramm, das in der Parteiz-
weise abgedruckt war, war unterzeichnet: „Die sozialdemokratischen
Lehrer Bremens.“ Die Behörde veranlaßte sofort die Entsendung
eines Glückwunschkommisars, um die Herabsetzung einer Gelegenheit,
der Behörde ihre Gesinnungsgültigkeit zu dokumentieren. Es wurde eine
öffentliche Lehrerversammlung einberufen, die gestern, Dienstag Nach-
mittag, stattfand. Selbstverständlich wurde nicht unterlassen, davon
binzuweisen, wie gefährlich ein Fernbleiben von dieser Versammlung
für einen Lehrer werden könne. Zugleich mit der Einladung wurde
eine Resolution verlesen, die neben einigen Seitenhieben auf die
Sozialdemokratie und unter anderem die „Politische
Demonstration“ (das Tele. ramm der Lehrer an Hebel) als eine Ver-
letzung des Ansehens der Dienststelle über die Lehrerschaft bezeichnet
und zugleich dem gegenwärtigen Schulsinspektor, mit dem die so-
genannten radikalen Lehrer harte Kämpfe angefochten haben und
dafür mit zahlenden Disziplinarstrafen bedacht wurden, der Aus-
druck von Vertrauen entgegengebracht wird. Diese Komodie gelang
aus bester. Man hatte von vornherein wohl berechnet, daß es
unmöglich jedem Lehrer, der diese Resolution ernstlich bekämpfen
würde, an Kopf und Krage gehe. Unter solchen Umständen ist es
wirklich nicht zu verwundern, wenn die Resolution beinahe un-
genommen wurde, zumal die Radikalen es bis auf wenige Ausnahmen
vorgezogen hatten, die Versammlung nicht zu besuchen.

Die Landtagswahl in Bielefeld. Die Wahl-
kandidatenwahl für die Erziehung zum Landtage für
den Kreis Bielefeld-Herstorf-Galle änderten wenig an dem Bestehen
der Parteien. Die Sozialdemokratie verlor je ein Mandat in der
ersten und zweiten Klasse, welche bei der Hauptwahl durch das
Reich bzw. mit wenigen Stimmen Mehrheit erhalten hatten.

Noch eine liberale Fusion. Die lippisch-liberale Volkspartei,
an deren Spitze der Abg. Neumann-Hofer steht, hat sich mit der im
Fürstentum bestehenden Organisation der freisinnigen Volkspartei
verschmolzen. Neben dem sechsjährigen Programm hat die geeinte
Partei auch ein Spezialprogramm, das auf die besonderen Verhält-
nisse in dem kleinen Staatswesen zugeschnitten ist.

**Bei der Gemeindevorsteher-Wahl in Treptow-
Baumschulenweg** wurden in der dritten Abteilung in allen drei
Klassen die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Die bürger-
lichen Gegner waren in drei Lager gespalten.

Landtagswahl. Bei der braunschweigischen Landtags-
wahl zwischen den Kandidaten Thiemann und Jasper (Soz.)
erhielt ersterer 54 und letzterer 40 Stimmen. Thiemann ist somit
gewählt und Genosse Jasper, der voriges Jahr 14 bürgerliche Wahl-
mannstimmen erhalten hatte, ist nun glänzend wieder hinausgeschickt
so den.

Ausland

Die Politik der englischen Regierung
scheint nun einigermaßen geklärt zu sein. Es hat wohl wenig
Berechtigung, dem Premier Asquith wegen der bisherigen un-
sicheren Haltung des Kabinetts den Vorwurf des Verrats zu
machen, wie das zeitweise geschieht. Ein Verräter bezweckt
eigenen Vorteil, und Asquith könnte mit einer Preisgabe der
Oberhausfeindlichen Parole, die durch das Wahlergebnis be-
stätigt worden ist, nichts erreichen, als sich und seine Partei
für lange, ja vielleicht für alle Zeit politisch dede-
uzieren zu lassen. Wenn er sich bisher vor energischem
Eingreifen gescheut hat, so deshalb, weil bei dem Mangel an
bühlicher Einmütigkeit des Ministeriums und der liberalen Par-
tei und dem offenbar vorhandenen Widerstand des Königs
gegen eine Gewaltpolitik er an seiner Kraft zu erfolgreichem
Vorgehen zweifelte. Nun aber hat die Haltung der radikalen
Partei, die durch die Wahlen in der Partei wesentlich

verstärkt worden sind, und namentlich die energische Stellung-
nahme der linken Nationalisten wie auch der Arbeiterfraktion
die Regierung zu einer bestimmten Erklärung zu Gunsten der
demokratischen Forderung genötigt.

Nachdem bei Beratung der Adresse, mit der das Unter-
haus die Thronrede beantwortete, zwei Vorschläge der Konser-
vativen mit Hilfe der Arbeiterfraktion und bei Stimmenthaltung
der Irländer abgelehnt waren, verlangte die Regierung eine
frist von einigen Wochen zur Erledigung der durch die ab-
gelehnte Haltung des Oberhauses in Verwirrung geratenen
Finanzangelegenheiten. Sogleich nach Ostern solle dann das
Unterhaus durch eine Resolution seine Stellung zur
Oberhausfrage festlegen und darin den völligen Aus-
schluß der Vorläufe von der Finanzgesetzgebung und die un-
bedingte Oberhoheit des Unterhauses auch in den sonstigen Ge-
setzgebungsfragen durch Herabdrückung des Oberhauses auf ein
bloß zeitweiliges Vetorecht ausdrücken. Für später soll dann
eine Reform des Oberhauses auf demokratischer
Grundlage vorgesehen werden. Damit ist die von den Radika-
len und den Verbündeten der Regierungspartei geforderte
Trennung der Befestigung des Oberhauses von der Frage
der Oberhausreform, für die, ganz allgemein und ohne be-
stimmtes Programm, auch die verständigeren Oberhausmitglieder
selbst, in Erkenntnis der Unhaltbarkeit des jetzigen Erblichkeits-
systems, eintraten, vorgenommen. Natürlich haben Sozialisten
und Irländer kein Interesse an irgend einer Oberhausreform,
die immer zur Stärkung der in jedem Falle fortschrittshin-
derlichen anderen Kammer führen würde. Asquith erklärte, für
dieses Programm die Stellung der Regierung und der Libe-
ralen Partei einzusehen.

Als danach Edmund namens der linken Partei be-
stimmtere Erklärungen über die Durchsetzung dieses Programms
forderte, da andernfalls seine Fraktion gegen die Regierung
stimmen werde, erklärte Lloyd George, der Führer des
radikalen Flügels im Kabinett, ganz entschieden, daß es der
Regierung höchster Ernst mit der Erfüllung ihres Versprechens
sei. Wenn wir nicht die Sicherheit haben, daß alle unsere
Vorschläge, wenn sie im Unterhaus durchgegangen sind, auch
Gesetz werden, werden wir nicht im Amt bleiben.“ Er bat die
Regierungsfreunde um einige Wochen Geduld. Die Demokratie
habe gegen wichtige Punkte zu kämpfen. Ihre Zukunft hänge
von der Entscheidung dieser Frage ab.

Darauf wurde bei Stimmenthaltung der Konservativen
und der Irren mit den Stimmen der Liberalen und der Ar-
beiter der von der Regierung geforderte Geschäftsplan ange-
nommen. In einigen Wochen wird es sich entscheiden, ob der
Einfluß der radikalen Elemente und die Energie der Regierung
ausreichen, um den Widerstand der Reaktionen und des Königs
zu brechen, oder ob das Volk nochmals, sei es in einer Neu-
wahl, sei es in einer über die Oberhausfrage angeordneten
Volksabstimmung, wird entscheiden müssen. Ein solches Re-
ferendum, wie es nun von verschiedenen Seiten, auch von dem
bisherigen Vorsitzenden der Arbeiterfraktion, Henderson, ge-
fordert worden ist, würde eine vollständige Neuerung im Ver-
fassungsgeschichte Englands bedeuten. Es müßte natürlich durch
ein besonderes Gesetz angeordnet werden.

Die Konservativen sind über die energische Haltung der
Regierung erbittert und werfen den gemäßigten Kabinettsmit-
gliedern, Grey und Morley, „berächtliche Nachgiebigkeit“ gegen-
über den Radikalen vor. Das ist besser als Lob von dieser
Seite.

Der italienische Schatzminister über die finanzielle Lage.

In der Kammer gab Schatzminister Salandra sein Exposé
über die finanzielle Lage Italiens und über die Vorschläge der Re-
gierung für das laufende und für das kommende Finanzjahr.
Aus dem Budget 1908/09 habe sich ein tatsächlicher Ueberschuß
von 24 Millionen ergeben, für das Budget 1909/10 sei ein Ueber-
schuß von 30 Millionen zu erwarten, obwohl es notwendig sei, im
Laufe des Jahres einen Nachtragset von 91 Millionen einzubringen.
Mit diesen Ueberschüssen und mit denen, die man für die nächsten
Finanzjahre erhofft, werde man die Ausgaben, die das Erdbeben von
1908 verursacht habe, decken können, Ausgaben, die die Regierung
gemacht hat, ohne zu neuen Kreditforderungen ihre Zuflucht zu
nehmen. Für das Finanzjahr 1910/11 werde man neue wichtige
Kredite für öffentliche Arbeiten, für das Heerwesen in Höhe von fünf-
zehn Millionen, und für die von der Regierung vorgesehenen Aus-
gaben für Volksschullehrer und Volksschulunterricht zu bewilligen
haben. Dennoch könne man auf einen Ueberschuß von 6 1/2 Millio-
nen rechnen. Die finanzielle Lage Italiens sei demnach sehr günstig,
ebenso sei die Lage des Schatzes zum ersten Male, seit es überhaupt
italienische Finanzen gäbe, ausgerechnet zu nennen. Es gelte nun,
diese Finanzlage zu bewahren und zu verteidigen. Die Erhaltung
einer soliden Finanzverwaltung werde hauptsächlich in Italien als Grund-
lage der Staatspolitik gelten, der durch die Parteipropaganda nicht
beeinträchtigt werden könne. Aber ohne Zweifel müsse man sich neuen
Ausgaben gegenüber Zurückhaltung auferlegen.

Der Schatzminister schloß mit Worten rückwärtiger Anerkennung
für die innere Kraft Italiens und forderte die Kammer auf, diesem
wahrhaft patriotischen Werke ihren Beistand zu leisten. Das Exposé
machte in dem dicht besetzten Hause einen guten Eindruck.

Zur Absehung des Dalai Lama.

Der russische Gesandte in Peking erklärte im Waiwuyi, die russische Regierung könne sich
nicht teilnahmslos dazu verhalten, daß der Dalai Lama, das geist-
liche Oberhaupt zahlreicher russischer Buddhisten, abgesetzt würde.
Die chinesischen Minister erwiderten, die erwähnte Maßregel werde
die innere Ordnung Tibets und die Lama-Keligion nicht berühren.
Die Lage zwischen China und Russland spitzt sich zu.

Kleine Auslandsnachrichten.

Bei der Präsidentschaftswahl im finnischen Landtag wurde zum Talman (Präsidenten) des Landtages
der Junifinne Evinhufvud, zum ersten Vizepräsidenten der Sozial-
demokrat Tanner, zum zweiten Vizepräsidenten der Schwede
Sederholm gewählt. Die Sozialdemokraten gaben bei der Wahl des
Talman, sowie des zweiten Vizepräsidenten keine Stimmzettel ab.
Der „Jonin“ veröffentlicht kompromittierende Dokumente über
die revolutionäre Organisation in Griechenland.
Diese Dokumente wurden in Japan einem verhafteten angesehenen
Griechen abgenommen.
Der griechische Marineleutnant Lykabalos, der mit den meuteren
Marinereisenden im vorigen Oktober das Arsenal von Salamis besetzte,
ist, nachdem er und seine Genossen befreit worden sind, in das
Ausland abgereist.
Der irakische Senat hat den von der Kammer be-
reits genehmigten Gesetzentwurf, betreffend die Sicherung der Wahl-
freiheit und des Wahlereignisses mit einigen Veränderungen ange-
nommen. In dem Entwurf handelt es sich vor allem um die Ein-
führung von Briefwahlzettel für die Stimmzettel.

Arbeiterbewegung.

Gärung unter den Gelben. In Anlaß dieser Woche
hatte die Verwaltungsschleife Augsburg des Deutschen Metallarbeiter-
Verbandes nach dem Sozialbau eine öffentliche Metallarbeiter-Ver-

sammlung einberufen, die sich zu einer gewaltigen Demonstration
gegen den von den Augsburger Unternehmern auf die Arbeiter aus-
geübten Terrorismus gestaltete. Nahezu 3000 Metallarbeiter, dar-
unter mehr als die Hälfte Gelbe waren erschienen und spendeten
den Rednern stürmischen Beifall. Als Thema war: „Die Arbeits-
verhältnisse der Maschinenfabrik Nürnberg, in den Werken Nürnberg,
Guthaburg und Augsburg“ festgesetzt. Zahlenmäßig konnte nach-
gewiesen werden, daß im Gegensatz zu anderen Werken, in Augs-
burg, dem Sitze der gelben Bewegung, die schlechtesten Lohn- und
Arbeitsverhältnisse herrschen und daß die Erlöse der gelben Organi-
sation in unwürdiger Behandlung und Lohn-Reduktionen — inner-
halb eines Jahres wurden die Löhne für Hilfsarbeiter bis zu 80
Prozent reduziert — bestehen. Die Aufforderung an die Gelben, aus
den gelben Vereinen aus- und in den deutlichen Metallarbeiterverband
einzutreten, wurde mit lautem Bravo aufgenommen. Die Versammlung
schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozial-
demokratie, in das die Gelben, ungeachtet der neben ihnen stehenden
Meister und Vorgesetzten, lebhaft einstimmen. Die großartig ver-
laufene Versammlung hat aufs neue gezeigt, daß die gelbe Bewegung
selbst an ihrer Geburtsstätte ihren Höhepunkt überschritten hat und
daß die Arbeiter Augsburgs sich wieder auf sich selbst befinden.

Das Qualitätsrecht der Eisenbahner. Kürzlich hielt
die Eisenbahner Leipziger eine Versammlung ab, um sich über ihre
wirtschaftliche Lage auszusprechen. In einer Resolution forderten sie
die gesamten Eisenbahner auf, sich in der Reichsleitung der Eisen-
bahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu organisieren.
Das hat aber die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen ver-
lassen, gegen die Angestellten und Arbeiter wiederum das Verbot der
Reaktion erlassen zu lassen. Sie bedroht jeden mit Entlassung, der
es wagen sollte, seine wirtschaftlichen Interessen selbständig vertreten
zu wollen. Unter dem 28. Februar erging an alle Leipziger Dienst-
stellen folgender Ukas:

Warnung.
Der Königl. Generaldirektion ist bekannt geworden, daß vor-
längem in Leipzig eine Versammlung stattgefunden hat, die von
einer größeren Zahl von Bediensteten der Staatsbahnenverwaltung
besucht gewesen ist, und in der eine, von der Versammlungs-
leitung vorgeschlagene, zum Beitritt zur Reichsleitung der Eisen-
bahner des Transportarbeiterverbandes auffordernde Resolution
Annahme gefunden hat.

Dieser Vorgang gibt der Königl. Generaldirektion Ver-
anlassung, unter Bezugnahme auf die früher wiederholt ergangenen
Verbote der Zugehörigkeit zu genannter Reichsleitung, vor jeder
Unterstützung ihrer Bestrebungen und insbesondere vor dem Besuch
der von ihr einberufenen Versammlungen bei Vermeidung der Ent-
lassung aus dem Eisenbahndienst, erneut ernstlich zu warnen.
Kgl. Generaldirektion der Kgl. Sächs. Staats-Eisenbahnen.
v. Reichbach.

Das ist die alte Kalypsostrategie der sächsischen Staatsbahnen. Wie
wenig Erfolg ihr beschieden ist, das zeigt der Hinweis auf die „wieder-
holt ergangenen Verbote“.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Wieder ein Arbeiterverrat des Zentrums.

Zum Etat des Reichsankeits des Innern hatten die Polen der
Antrag eingebracht, zunächst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen,
durch welchen

1. die Freiwilligkeit und Freiheit des Arbeitsvertrages den Berg-
arbeitern gewährleistet werden;
2. paritätische Arbeitsnachweisstellen unter
Anficht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer
errichtet werden.

Bei der Abstimmung beantragte der Abg. Gröber (Zentrum)
getrennte Abstimmung. Dann stimmte die liberale Mehrheit des
Zentrums unter Führung der Abgg. Gröber und Dr. Pieper gegen
den paritätischen Arbeitsnachweis, der infolgedessen auch abgelehnt
wurde. Nur etwa zehn Zentrumskomitee unter Führung des Abg.
Erberger stimmten für den paritätischen Arbeitsnachweis.
Damit hat das Zentrum dem Reichsankeits den Verzicht auf den
die Sanktion erteilt und die Hunderttausende der Bergarbeiter den
Bekanntbarkeiten auf Gnade und Ungnade überliefert. Die Bechen-
barone können mit dem Zentrum zufrieden sein.

Deis, 8. März. Dubeastreich. Am Dienstag Nachmittag
2 1/2 Uhr wurde der Eiszug Ostrowo-Krottschin-Deis auf der
Bahn von Juliusburg nach Deis durch einen großen auf die
Schienen gelegten Kilometerstein gefährdet. Die
V locomotive wurde etwas beschädigt, doch konnte der Zug die Fahrt
fortsetzen.

Bunzlau, 8. März. Eisenbahnunfall. Auf dem Bahn-
hofs zu Hartmannsdorf (Kleinbahnstrecke Bunzlau-Neuborf a. Gr.)
fuhr am 1. d. M. Nachmittags der einfahrende Zug, angeführt von
Arbeiter ein auf ein Nebengleis führende Weiche unvorsichtigerweise
geöffnet und nicht wieder geschlossen hatten, auf das zum Klotzen
führende Gleis und stieß auf die dort stehenden Kalkwagen, von
denen einige domoliert wurden. Die Lokomotive erlitt nicht un-
bedeutende Beschädigungen, so daß der angeordnete Gesamtmateri-
alschaden recht erheblich ist. Glücklicherweise sind Menschen bei dem
Unfall nicht zu Schaden gekommen.

Görlitz, 8. März. Der Mord in Görlitz hat in-
zwischen seine Aufklärung gefunden. Die Ermordete ist das Dienst-
mädchen Sprenger. Unter dem Verdacht der Täterschaft ist
Dienstag in den frühen Abendstunden der Hilfsgerichtsdirektor
Scholz verhaftet worden. Scholz hat eingestanden, den Mord am
28. Februar Abends vollführt zu haben. Er hat dem Mädchen zu-
nächst mit einem Strick den Hals zugesperrt, ihm dann die Kehle
durchgeschnitten und es ins Wasser geworfen. Das Motiv zu der
Tat ist angeblicher Verdacht der Schwangerschaft, der
sich aber als unbegründet herausgestellt hat.

Wilsch, 8. März. Vergiftet. Der Buchbinder Emil
Monte von hier, der eine 14 tägige Gefängnisstrafe verbüßen sollte,
hatte der an ihn ergangenen gerichtlichen Aufforderung zum Straf-
antritt nicht Folge geleistet. Als ein Polizeibeamter ihn in seiner
Wohnung verhaften wollte, trank er, ehe der Beamte es hindern
konnte, ein Fläschchen Natronlauge und mußte sofort ins städtische
Krankenhaus geschafft werden, wo er gestorben ist.

Veitstewitz, 8. März. Blutvergiftung. Am Sonntag
wurde hier der Stellenbesitzer Ernst Runkel zu Grabe getragen. Er
hatte sich an einer Maschine am linken Arm eine kleine Verletzung
angezogen, die anfangs wenig beachtet wurde. Bald stellte sich aber
eine eitrige Geschwulst ein, die auf eine Blutvergiftung schließen
ließ. Alle Hilfe war vergebens, der kranke Mann erlag der Blut-
vergiftung.

Wentzen, 8. März. Leichenfund. Am Dienstag Vor-
mittags wurde aus dem Schwanenteich im Stadtbezirk eine männliche
Leiche gezogen. Der Tote ist der Schneidermeister Ludwig Ewielong
von hier. Ewielong war verheiratet und hatte vier Kinder im Alter
von 11 Monaten bis zu 5 Jahren. Er dürfte aus Nahrungsorgen
den Tod im Wasser gefunden haben.

Verantwortlicher Redakteur: Reichardt. — Redaktion und Expedition: Neue
Central-Anstalt 1/6. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von Th. Schöke,
S. u. S. — (König in Berlin.) — Seite 2. —

Suppenfleisch spart, wer MAGGI'S Suppen mit dem Kreuzstern verwendet. Nur mit Wasser wenige Minuten zu kochen. Mehr als 80 Sorten. — Ein Würfel zu 10 Pfg. gibt 2-3 Teller. Ebenso gehaltvoll und kräftig schmeckend wie die besten hausgemachten Fleischbrühsuppen. 1107

Inventur-Verkaufs

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

1110

Partiekäufe noch in allen Lägern. — Preisermässigung bis 50%. — Kassa-Rabatt 10%.

Leinenhaus J. Mamlok, Kupferschmiedestr. 42

parterre bis 4. Etage.

Danksagung.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme und Bemühungen bei dem plötzlichen Hinscheiden meines geliebten Mannes, des Ofensetzers

Friedrich Krause,

sage ich allen werten Verbandskollegen, der biesigen Filiale, sowie dem Wahlverein, überhaupt allen, welche dem Verstorbenen das letzte Geleit gaben, auch für die Krankspenden, meinen herzlichsten Dank.

Liegnitz, den 1. März 1910.

In tiefem Schmerze

Elise Krause.

Stadt-Theater.

Donnerstag, 7^{1/2} Uhr
„Tannhäuser“
Freitag, 7^{1/2} Uhr
„Sibelius“
Sonnabend, 7^{1/2} Uhr
„Madame Butterfly“.

Lobe-Theater.

Donnerstag, 7^{1/2} Uhr
„Die gezeichnete Frau“.
Freitag, 7^{1/2} Uhr
„Der busche Bauer“.
Sonnabend, 7^{1/2} Uhr
Zum 1. Male:
„Der Graf von Sagenburg“.

Thalia-Theater.

Samstags-
Gruppe K. L. Fackellang.
„Des Meeres und der Liebe Wellen“.
Sonntag, 7^{1/2} Uhr
„Die fremde Frau“.
Sonnabend, Freitag und Sonnabend von 10-2 Uhr im Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr:
„Der Zigeunerbaron“.
Freitag und Sonnabend 8 Uhr:
„Reiche Mädchen“.
Sonntag, nachmittags 3^{1/2} Uhr:
„Die Förder-Christel“.
Abends 8 Uhr:
„Reiche Mädchen“.

Verkehrsbüro Barasch.

„Breslauer“
Schauspielhaus
Montag, den 7. März abds. 8 Uhr:
Sollistiml. Operetten-Vorstellung
zu Heinen Preisen. 977

„Die Millionenbraut“.

Extrite in 3 Akten von A. H. Willner und E. Lima. — Musik von Heinrich Berté.
Preise der Plätze:

Orchestra-Parterre	1.75
Parterre	1.50
I. Rang 1.-3. Reihe	1.75
4.-7.	1.50
II. Rang 1.-3. Reihe	1.00
4.-7.	0.75
7.-9. Reihe	0.50
III. Rang	0.35
Galerielage	0.55

Verkaufsgeld wird nicht erhoben.
Sprechsaal im Verkehrsbüro Barasch, an Wochenendabenden u. Sonntagen der Logenloge des Theaters und eine halbe Stunde nach Paul Schenk, Mitglied-Stuben vor Beginn der Vorstellung. Preis 122 124.

Lieblichs Etablissement

Der
Consul
Robert Steidl.
Herman Klink.
Harstein
etc. etc. etc.
Anfang 7^{1/2} Uhr.

Viktoria-Theater

Neues Programm!
Acosta
Holländ. Doppel-Männer-Quartett
Herm. Mestrum
und 8 Olanquammern.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Sonnabend 7^{1/2} Uhr.

Zeltgarten

Dir.: H. Krastnik.
Täglich:
Künstler-Vorstellung.
Entrée 30 Pf.

Palmengarten.

Dir.: H. Krastnik.
Täglich Orangen-Fest
2 Kapellen.
Entrée frei!

Telegramm!

Wunderbare Aufnahme
von
Consul Peter
der Menschengasse
1161 und mehr
6 Attraktionen
Es kosten nichts!

Colosseum

Nikolaistraße 27.
9 Pf. — Reformier — 9 Pf.

Verlangen Sie auch im Konsul-Veren Union-Siere.

Möbel, Betten, Herrenkleider

Rückenschmerzen, Nerven, ganz
Erlaubnis im Verkehrsbüro Barasch, an Wochenendabenden u. Sonntagen der Logenloge des Theaters und eine halbe Stunde nach Paul Schenk, Mitglied-Stuben vor Beginn der Vorstellung. Preis 122 124.

Reifenreparatur perfecter Service, bequemer, wird nach Wunsch gel. Robt. 8 W. Kof u. Quart. Off. an 1090 Köppler, Nord W. S. Sprengerstr.

Pfänder-Auktion!

Donnerstag, den 10. März 1910.
Pfandlohn-Institut 619
Matthiasstr. 113, I. Etr.

Pfänder-Auktion.

17. März 1910 Paulstr. 26. Ver-
längerung nur bis 14. März 1910.

Kohlenhof

nachmittags gutgehend zu verhandl. Off. u. 3. 300 a. b. Exp. d. Volkswacht. 1109

In Fellhammer Nr. 80

wird Maschinenreparatur angenommen bei
Fr. Dressler.
Auch können sich dort
zwei Quartierleute
vermitteln.

Zum Umzuge kaufe

geb. Möbel, Federbetten, Nierensagen, ganze Wohnungseinrichtungen, etc. etc. etc. in bester Lage. 1119
Wahler, Gartenstraße 36.

Paul Richter, Wärmeschmelzer, Arbeiterstr. 27, officiat sämtliche Büsten- u. Kammerarbeiten, Schreiner, Tischler, Tapezierer, Kleber u. angere u. mehr. 828

Gehr. billige Möbel!

Schreibtisch, Sofa, Tisch, Spiegel, Verti-
fisch, Bettstellen, Stühle, Federbetten
zu verkaufen Friedrichstraße 36. 1119

Zigarren

Zigaretten
in größter Auswahl
empfehlen
Oscar Rudolph
Zigarren-Importeur
Breslau 13, Neudorfstr. 61.

Lebende Hechte, Schelen

in allen Größen,
frische Seefische, Fisch-
Koteletts, Fisch-Konserven
und Marinaden
empfehlen
Daniel Hoffmann
Lebende Hechte, Schelen, frische Seefische, Fisch-Koteletts, Fisch-Konserven und Marinaden empfehlen Daniel Hoffmann, Lebnitzstr. 1120

Lebende Hechte, Schelen

in allen Größen,
frische Seefische, Fisch-
Koteletts, Fisch-Konserven
und Marinaden
empfehlen
Daniel Hoffmann
Lebende Hechte, Schelen, frische Seefische, Fisch-Koteletts, Fisch-Konserven und Marinaden empfehlen Daniel Hoffmann, Lebnitzstr. 1120

Daniel Hoffmann

Lebende Hechte, Schelen, frische Seefische, Fisch-Koteletts, Fisch-Konserven und Marinaden empfehlen Daniel Hoffmann, Lebnitzstr. 1120

Das beste Waschmittel.

1/2 & Paket 15 Pfg.

Privat-Handelsschule

„Barber“
(Von der Königl. Regierung geprüft und genehmigt.)
Breslau V, Gartenstrasse 57, neben Liebig.
Gegründet 1875. — Telephon 2447.

Beginn
neuer Kurse: **Anfang April 1910.**

Prospecte gratis und franko. 901

Breslauer Gewerkschaftshaus

Margaretenstrasse 17.
Sonntag, den 13. März 1910, nachm. 3^{1/2} Uhr

22. Volks-Konzert

unter Leitung des Dirigenten Herrn P. Rüster
arrangiert vom
Sozialdemokratischen Verein.

- PROGRAMM:**
- I. Teil.
1. Ouvertüre z. Op.: „Der Waffenschmied“ A. Lortzing
2. Frühlings-Ständchen P. Lacombe
3. Melodien a. d. Op.: „Das Glöckchen d. Eremiten“ A. Maillart
 - II. Teil.
4. „Romeo u. Julie“, Fant. J. Svendsen
5. Fantasie-Caprice, Violin-Solo H. Vieuxtemps (Herr Konzertmeister W. Hennrichs)
 - III. Teil.
6. Ouvertüre zur Oper: „Tannhäuser“ B. Wagner
7. Ballettmusik aus „La gloconda“ H. Ponchielli
8. Zwei Streichquartette:
a) Volksliedchen C. Komzak
b) Märchen
9. O schöner Mai! Walzer J. Strauss.

Entree 30 Pf.
Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Programme sind bei den Distrikts- und Bezirksführern, in der Expedition der „Volkswacht“, im Gewerkschaftshause, in den Sekretariaten, in den Verbandsbüros und bei den Kolporturen zu haben.



Das beste Waschmittel.

Hentschel's Stabl. Böpelwitz

heute Donnerstag: 11
Groß-Tanzkränzchen
bei bestem Orchester, wie Sonntag. — Entrée frei. — Präsent-Polona

Wilhelmsburg

Neudorfstrasse 5-
heute Donnerstag: 11
Gr. Tanz-Kränzchen
mit Präsent-Polona.
Sonnabend, den 5. März: Vereinsberggängen.

Deutsche Friedensgesellschaft Ortsgruppe Breslau

Freitag, den 4. März 1910, abends 8^{1/2} Uhr
in den Gesellschaftsräumen des Breslauer Konzerthaus
Gartenstraße 39/41 (Gingang Portal II)

Miss Anna B. Eckstein aus Boston (Nord-Amerika)

Vortrag:

Der Weg zur Rüstungsverminderung und seine Abweg
Gäste, Herren und Damen willkommen. Eintritt frei.

Verband Freier Gast- u. Schankwirte

Freitag, 4. d. Mts.,
nachm. 8 Uhr bei
Aufnahme neuer Mitglieder.

Altwaßer Arbeiter-Nachfahrerverein „Frei“

Sonntag, den 6. März: **Großer Masken-Bal**
Anfang 5 Uhr. im Gäßhof „Zum weißen Hof“ Anfang 5 Uhr
Maskenläufe im Vorverkauf 50 Pf. Zu haben im „Weißen Hof“ und bei
Verkaufsmitteln Feig Scholz, 4. Bg. Nr. 7 und Paul Heber, 4. Bg. Nr.
An der Kasse 60 Pf. Entrée für unmaskierte Gäste 80 Pf. Maskeneingug 8

Confirmations- S. Guttentag

Anzüge in Kammgarn od. Cheviot, schwarz od. blau, in bester Ausführung. Reiche Auswahl.

Nr. 11. — 12. — 15. — 18. — 22. — 25. — and höher.

Altbückerstr. 5,
I. bis III. Etage.

Versandhaus eleganter Garderobe für Herren und Knaben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. März.

Geschichtskalender.

4. März.

1871 Erste Reichstagswahl. 1909 Die Freikinnigen bewilligen im Landtage 800,000 Mk. Spiegelgelber.

Die Wahlrechtsfrage im Stadtparlament.

Herr v. Baumbach, seines Zeichens Regierungspräsident für den Bezirk Breslau, hat sich gestern Nachmittag in die Redaktion der „Schlesischen Volkszeitung“ bemüht, um Herrn Gersach und den besonders zugezogenen Rechts- und Diplomatenbeistand Dr. Herschel nähere Mitteilung über seine Maßnahmen zu machen und nebenbei sich Rat zu holen, wie er dem Wahlrechtsantrag der Breslauer Stadtverordneten weichen soll. Als Resultat dieser Unterredung kann die „Schles. Volksztg.“ heute folgendes mitteilen:

Zu dem Wahlrechtsantrage in der Stadtverordneten-Versammlung erfahren wir, daß gutem Vernehmen nach der Regierungspräsident diesen Antrag als zur Beratung in der Stadtverordneten-Versammlung unzulässig erklärt hat. Man darf gespannt sein, ob in der Versammlung unter diesen Umständen die zunächst von sozialdemokratischer Seite gestellten und nachher von dem Freisinn (Antrag Heilberg) eingebrachten Anträge überhaupt zur Beratung kommen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist vorläufig souverän in ihrer Geschäftsordnung, sie kann — selbst wenn ihre Zuständigkeit umstritten sein sollte — aus dem Rechtsweg feststellen lassen, wie weit ihre Befugnisse gehen. Aber daß der Regierungspräsident, ausgerechnet der „Volksztg.“ seine Ansicht auf die Nase bindet, die zuständigen Stellen aber im Ungewissen lassen wird — so was zu glauben, wem mutet denn die „Volksztg.“ das zu?

Die Rache der Polizei.

Gegen die Wahlrechtsdemonstranten in Breslau geht die Polizei mit Mitteln vor, die nichts davon verraten, daß Wilhelm II. den Schulzeuten Preußens Milde und Nachsicht anempfohlen hat. Sie hat u. a. einem Schlosser, nur weil er dem Befehl des bekannten Herrn Thiele nicht schnell genug Folge geleistet haben soll, eine Haftstrafe von einer Woche zuerkennet. Ja, ein Schuhmacher N., der angeblich den Hut geschwenkt und „Hoch“ gerufen haben soll, erhielt sogar einen Strafbefehl über zwei Wochen Haft!

Selbstverständlich ist gegen diese beiden Strafbefehle, veranlaßt von den Schulzeuten Kohlhoff (Nr. 429) und Fenschke (Nr. 650), sowie durch Herrn Thiele, durch die „Sünder“ sofort Einspruch erhoben worden. Es wird sich also bald zeigen, ob auch die Gerichte die „Verbrechen“ der beiden Demonstranten als so schwer ansehen werden, daß sie nur mit wochenlangen Haftstrafen geahndet werden können. Bis dahin wird vielleicht einmal eine Skala aufgezichnet werden, aus der hervorgeht, wie die Polizei andere, nicht politische Vergehen mit aufwühlender Milde behandelt. In früheren Zeiten — z. B. nach der Schlacht auf dem Striegauer Platz, April 1906 — hat die Polizei mit solchen vom Racheburt diktierten exorbitanten Strafbefehlen herzig schlechte Erfahrungen gemacht.

Dreimark-Moral.

Uns wird geschrieben:

Sie werden im unklaren sein, meine geschätzten Leser, was das denn für ein Ding sei: Dreimark-Moral. Sie glauben wohl dies sei eine Neuheit, die im Warenhaus zu bekommen sei, etwa zum „Nuhengebrauch“ wie ein Paar neue Handschuhe oder auch Schlipse für arme, bedauernswerte Berufsträger ihrer eigenen

„Moral“ oder solche, deren „Moral“ ein bißchen schmutzig geworden.

Nicht doch! Das ist etwas ganz Anderes, meine Verehrten, es ist etwas ganz Feines mit dem königlichen preussischen Regierungssiegel versehenes, etwas, was es erstens nur im hochgelobten Preußen gibt und was es nicht für jeden gewöhnlichen, miserablen Plebejer zu kaufen gibt. Also kein Warenhausartikel.

Mir ist die Auszeichnung zuteil geworden, mit dieser — hoffentlich zum D. R. P. angemeldeten Neuheit zum ersten Male auf dem Zollamt für geistliche Ware in der schönen Stadt Breslau bekannt geworden zu sein.

Ich sollte die Freude haben im Verein „Freier Gedanke“ daselbst über „Liebe und Ehe im Lichte einer neuen Ethik“ zu sprechen aber — der Mensch den't und ein höheres Wesen lenkt. Dieses höhere Wesen — hier der königliche Polizeipräsident — lud mich höflich zu einer Unterredung ein, in deren Verlaufe mir mitgeteilt wurde, daß mein Vortrag als „staatsgefährdend“ nicht stattfinden könne, mit der wörtlichen Begründung: „Ja, wenn der Eintrittspreis zwei oder drei Mark betragen würde, dann wäre dies etwas Anderes, aber bei dem billigen Eintrittspreis, den der Verein festgesetzt hat, ist auszusehen, daß Leute kommen, die Ihren Vortrag nicht oder falsch verstehen würden.“

Ja, lieber Michel, das ist etwas ganz Anderes. Die Leute, die drei Mark zahlen können, die „Wähler 1. Klasse“, wie Schnapsknecht, Vorderkammer, Elfenhändler, die haben immer den höheren ethischen Bildungsgrad und den notwendigen Idealismus, um einen Vortrag voll und ganz zu würdigen, der Liebe und Ehe aus dem Sumpfe, in dem beide heute stehen, erheben will. Sie haben es ja auch am notwendigsten, denn der schmutzige Schacher der Gebeche, Ehebruch und Sexualheuchelei sind in ihren Kreisen am meisten zu Hause.

Wozu dem Plebs, der in Bezug auf Liebe und Ehe auf viel stillerer Stufe steht, erst darüber Vorträge halten? Meines Erachtens hat die Leitung des Vereins „Freier Gedanke“ von vornherein geahnt. Sie hat sich infolge der niedrigen Eintrittspreise an ein ganz falsches Publikum gewendet. Das hätte sie in Preußen, wo alles eingeschachtet, klassifiziert und gestempelt wird, wissen müssen. Sie wird sich jedenfalls bessern. Wozu seine Worte an Leute verlieren, die sie nicht nötig haben? Seien Sie versichert, wenn der Verein künftig einen five o'clocks mit Eintrittspreisen zu 10 und 5 Mark veranstalten wird, dann werden diejenigen erscheinen, die es am ehesten haben: die eleganten demi-vierges der höheren Gesellschaft; die „ehrbaren“ Dirnen der legitimen Gebeche, die selbstaufwendenden Kupfertinnen, Parodon — Mütter schöner Geheimrats- und Fabrikantensöhne, — die Jammeregestalten heutiger junger „Helden“, die Frequentanten der Prostitution, die raffinierten, abgelebten Verführer Minderjähriger — kurz, jene Gesellschaft, die es angeht!

Dem „Volk“ derartige Aufklärung zu bieten, ist wahrlich — da hat der Herr Polizeipräsident ganz recht — staatsgefährlich, denn das Volk muß in der Dummheit erhalten bleiben. Ein dummes Volk registriert sich besser. Und dann — wozu das Volk über den Baun blicken lassen? Es hat ja doch nicht das Geld zu dieser Ethik der Befehlenden.

Ja, es gibt eine Dreimarkmoral, ja es gibt sogar eine Zehnmarkmoral. Die Moral, die wir meinen, wächst mit dem Gelde. Und da das Königreich Preußen ein Klassenstaat ist, so muß auch die Moral nach Klassen eingeteilt und abgestuft werden. Der Breslauer Polizeipräsident muß das wissen. Ich gebe dies besonders Herrn von Verhmann-Hollweg zu bedenken. Es wäre da noch etwas zu machen. Klara Ebert, Koburg.

Frau Ebert ist eine Südbrentin und als solche mit dem preussischen System geistiger Knechtung nicht so weit aus. Immerhin ist es für die Breslauer Handhabung dieses Systems besonders bezeichnend, wenn man beachtlich, daß dieselbe Referentin solche, ja

noch schärfere gehaltene Vorträge dieser Richtung schon in anderen preussischen Städten gehalten hat, ohne daß sie dort von der Polizei beanstandet worden wären. Ein Beweis, daß die Breslauer Polizei mit einem noch mehr als preussischen Maß mißt. Auch in ihrem Beruf als Schriftstellerin, in dem sie sich auf dem Gebiet der Untersuchungsberichterstattung einen Namen gemacht hat, hat Frau Ebert auf preussischem Boden schon daselbe Glück gewinkt, weshalb ihre Schriften auch zum größten Teil in Südbrentenland und Defterreich zur Veröffentlichung gelangen. Mrs. die wir „leider“ geborene Preußen sind, sind so mit den Praktiken und Auswüchsen des preussischen Polizeigeistes auch schon vor Gericht vertraut gemacht worden. Daß aber das Problem der „doppelten Moral“, das der Deffenlichkeit bisher nur in der dramatischen Gestalt der „Ludwig Tomasi'schen“ Komödie bekannt war, nun von der Breslauer Polizei einmal in so drastischer Weise vermittelbar werden würde (wenn auch in etwas anderem Sinne), ist doch interessant. Schallendes Gelächter wird allenfalls, wo man davon hört, die Folge sein. Das aber ist für die Verfasserin der 3 Mark-Moral das Schlimmste, was ihnen passieren kann, denn nach einem französischen Sprichwort ist es die Lächerlichkeit, die tödt.

Prostitution und Frauenpflicht.

(Ein Frauen-Vortrag, der von der Polizei nicht inbittiert wurde.)

In der zweiten Veranstaltung des Vereins „Freier Gedanke“, die am Dienstag Abend im „Kronprinzen“ abgehalten wurde, sprach Frau Ebert aus Koburg über „Prostitution und Frauenpflicht“. Dieser Vortrag war von der Polizeijensur seltsamerweise unbeansprucht geblieben.

In ihm führte die Referentin als eine begeisterte Verfechterin der Frauenwürde und Rechte unbarmherzige Bekämpfer gegen die heutige kapitalistische Gesellschaft und ihre Klassenunterschiede, die Schuld an dem kaum noch auszurückenden Uebel — Prostitution genannt — setzen. Während die heutige Zivilisation einen kleinen Teil der Menschen zu allen Genüssen des Lebens, wie der Bildung und wissenschaftlichen Erkenntnis emporkübelt, haben Millionen mit den bittersten Entbehrungen zu kämpfen. Aus den kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen heraus, die auf der einen Seite die ums Brot ringende proletarische Frau, auf der anderen Seite eine zahlungskräftige Männerwelt schaffen, die darauf bedacht ist, zu dem Surrogat der Liebe auf eine möglichst bequeme Art und Weise zu gelangen, entwickelte sich die Prostitution. Es sei dies ein erbärmliches Mittel und um so verabscheuenswürdig, als es zumeist von der geldbesitzenden Gesellschaftsklasse in Anwendung gebracht und von dieser dabei das von den Arbeitern erprekte Geld verpraktet würde. In Berlin allein würden laut Statistik täglich mehr als 2 Millionen Mark für derartige Zwecke ausgegeben. Dieses Geld käme den Mädchen am wenigsten zu Gute, sie würden von den verschiedensten Seiten ausgebeutet. Der Staat selbst ziehe seinen Profit daraus, Inhaber von Bordellen, die teilweise noch gebuhlet werden, fungierten in der Liste als Wähler erster Klasse. Wenn Grobinow und andere Rassenjäger mit ihrer Behauptung, daß die arischen Völker, was Sittenerhaltung angeht, an der Spitze stehen, Recht behalten sollen, so müßte man sich vor allem bemühen, jene kapitalistische Nachweise zu entkräften, laut denen Zivilisation noch immer den Markt für die halbe Welt in Punkt Mädchenhandel abgibt. Die deutschen aristokratischen Bürger täten besser, ihre Kräfte für die Beseitigung des weißen Sklavenums einzusetzen, als für die Verbreitung des Christentums unter den Schwarzen. Obwohl das Vorbildwesen für Deutschland schon lang herbesten, werden von der Polizei doch noch immer Bordelle gebuhlet. Meist ist es der Plebs, der an der Aufrechterhaltung dieses Unwesens festhält. Die Hauptverursacher, die der Prostitution Vorkurs leisten, sind außer dem sozialen wirtschaftlichen Notstand der Alkohol, das großstädtische Wohnungsgeld und die geringe Achtung vor der Frau, wie sie zum großen Teil noch grassiert. Die Frauen selbst müssen für die Respektierung ihrer Würde den Kampf aufnehmen, indem sie sich organisieren und gegen ihre Rechtlosigkeit ankämpfen. Wir müssen die Ursachen bekämpfen, die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu suchen sind. Wir müssen die Prostituierte als menschliche Persönlichkeit wieder aufrechten, denn sie ist in den meisten Fällen ein Opfer der Verhältnisse. Wir müssen vor allem die Jugend zu sittlicher Reinheit erziehen und die Errichtung öffentlicher unter rein pädagogischer Führung stehender Fürsorge-Anstalten ohne christliches Muckerium durchzuführen suchen. Nicht vom pharisäischen, sondern vom sittlich ersten Standpunkt muß der Kampf geführt werden.

Die Vortragende, die während ihrer Ausführungen des öfteren durch begeisterte Zurufe unterbrochen wurde, erzielte am Schluß wiederum reichen Beifall. Zu unserem Bedauern

Breslauer Orchester-Verein.

Das erste Abonnements-Konzert vermittelte uns die Bekanntheit der ausgezeichneten Violoncellistin der Münchener Hofoper, Frau Hermine Hoffert. Die Künstlerin entzückte das leider nicht sehr zahlreich besuchte Publikum durch ihren meisterlichen Vortrag. Colerageklänge auf dem Podium ist ja ohnehin recht selten; manche finden ihn deplatziert. Das war richtig sein, so lange er von Mittelmächtigkeit dargeboten wird. In solcher Vollendung präsentiert, wird jedermann daran seine helle Freude haben. Ganz abgesehen davon, daß Frau Hoffert über phänomenale Mittel verfügt, ist ihr eine absolute Ausgezeichnetheit der Stimme in allen Lagen und Tonhöhen eigen, ein mächtiger Tonansatz, eine leichte Beweglichkeit, die der Sängerin ein Instrument in die Hand gibt, um dem sie, unterstützt von seltenem Geschmac, wahrhaft künstlerische Leistungen zu erzielen vermag. — Als Novität brachte sie eine von Mozart komponierte Arie, die seiner Zeit als Einlage in einer Oper von Rossini gelungen wurde. Rossini war ein sehr gefeilter Opernkomponist, dessen Werke (etwa 70 an der Zahl) zum Teil auch ihren Weg von Italien nach London, Prag, Dresden und Berlin machten. Da Rossini 70 Jahre alt wurde und schon frühzeitig Anfallung fand, konnte er seine Kompositionen nicht voll ausfüllen. Die betreffende Arie gehört nicht zu Mozarts besten Leistungen, bietet aber einer Gelassenen, wie Frau Hoffert, reichlich Gelegenheit zu glänzen. Einen reicheren Lobpreis erzielte sie mit der bekannten Arie der Koline aus dem „Barbier von Sevilla“, deren Allegro wiederholt werden mußte. — An Orchesterwerken bot das sehr gewählte Programm außer Sinfonien von Beethoven und Haydn die unvergänglich schöne „Dur-Sinfonie“ von Mozart, die bei einem Alter von etwa 130 Jahren in jugendlicher Frische erklingt. Ob man in 130 Jahren auch noch von Strauss' „Sinfonie Don Juan“ reden, resp. sie aufführen wird? Wer's glaubt, zählt einen Taler. — Die Wiederabe der Orchesterwerke unter Leitung des Herrn Dr. Dobus war schlechtweg mangelhaft.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Halleysche Komet und das Rhinoceros. Einer der gewaltigsten und faszinierendsten englischen Gelehrten, der bekannte Astronom Robert Ball, hat sich in einer britischen Zeitschrift über die Durchdringung der Luft durch die Welt im allgemeinen und die Durchdringung der Luft durch die Welt im besonderen geäußert. Ball er zu den wichtigsten wissenschaftlichen Entdeckungen des Jahrhunderts gehört, wurde er mit Hunderten von Briefen bombardiert, die anhaltend um Auskunft über den Halleyschen Ko-

meten und das der Erde von ihm drohende Schicksal hielten. Er hat insbesondere eine Flucht in die Deffenlichkeit unternehmen und der „Times“ eine geharnischte Erklärung in Form eines offenen Briefes eingeschickt, der folgenden Wortlaut trägt: Mein Verehrter — Ein Rhinoceros in vollem Lauf würde den Zusammenstoß mit einem Spinneweb nicht fürchten, und die Erde ist es ebensowenig nötig, den Zusammenstoß mit einem Kometen zu fürchten. Im Jahre 1861 reisten wir durch den Schweif eines Kometen, und niemand hat damals irgend etwas davon gemerkt. Für etwa hundert Millionen Jahre hat das Leben auf dieser Erde ohne Unterbrechung bestanden, obgleich unser Weltkörper in dieser Zeit wohl von mindestens fünf Kometen in jedem Jahre Besuch empfangen hat. Wenn Kometen der Erde überhaupt Schaden zufügen könnten, so würde das ja schon vor langer Zeit einmal geschehen sein, und Sie und ich würden uns dann weder über Kometen noch über etwas anderes zu unterhalten Gelegenheit haben. Ich hoffe, dieser Brief wird Ihnen die Beruhigung geben, die Sie brauchen. Soweit ich es übersehen kann, werden wir uns um den 12. Mai in dem Schweife des Halleyschen Kometen befinden, und ich hoffe sehr, daß wir es werden. Ich erinnere mich, daß der berühmte John Herschel irgendwo einmal gesagt hat, ein ganzer Komet könne zusammengequetscht in einer Antikloffe untergebracht werden. Ein anderer Astronom kommt dem Gedächtnis meines Kollegen zu Hilfe und verweist auf die Stelle in den Schriften Herrschels, wo dieser Astronom tatsächlich jenen Ausdruck getan und noch die Worte hinzugefügt hat: Der Schweif eines großen Kometen kann, soweit wir wissen, nur aus sehr wenigen Pfunden Materie bestehen.

Der schiefe Turm von Pisa in Gefahr? Nach einer Meldung des „E. T.“ veranlaßt die gegenwärtig eine amtliche Kommission Experimente über die statischen Verhältnisse des schiefen Turmes zu Pisa, der durch Grundwasser erschüttert sein soll. Hoffentlich lassen sich rechtzeitig Maßnahmen ergreifen, die den berühmten Turm vor einem Einsturz bewahren. Der 8 Stockwerke hohe runde Marmorbau, den Bonnanus von Pisa im Jahre 1174 zu errichten begann, steigt mit seinen Säulengalerien auf dem weiten Komplatz so frei und sicher empor, als wenn seine mächtige Neigung von 4,3 Meter seine natürliche Richtung wäre. Diese Neigung entstand schon während des Baues, sie wurde dann aber von Bonnanus aus technischen Rücksichten beibehalten. Später galt die Eigenart des Turmes als ein Wahrzeichen der Städtewacht von Pisa. Bekanntlich hat auch Volcava zwei schiefe, aber dickerer Dämme, von denen

der eine kurz und dick, der andere dünn und lang ist. An architektonischer Schönheit reichen sie an den weißen Prachtbau von Pisa nicht heran.

Aus aller Welt.

Graf Sedendorf †. Der frühere Hofmarschall der Kaiserin Friedrich, Graf Otto von Sedendorf, ist in Berlin gestorben. Graf Sedendorf war Junggeheile; doch erlitten sich ziemlich bestimmte Gerüchte, daß er nach dem Tode Friedrich III. mit der Kaiserin Friedrich in morgewärtlicher Ehe verheiratet war. Diese Gerüchte wurden seinerzeit amtlich dementiert, aber dadurch nicht zum Schweigen gebracht. Nach dem Tode der Kaiserin Friedrich lebte Graf Sedendorf zumeist auf Reisen.

Schwarze Boden in der Donziger Kriegsschule. Ein sächsischer Donziger Kriegsschule ist, wie ein Telegramm aus Langitz meldet, an den schwarzen Boden erkrankt. Er hat sich in Marienburg angestellt. Alle Kriegsschüler werden deshalb gemipft. Das Befinden des erkrankten Kriegsschülers ist gut.

Die misstrauischen Köppler. Die Köppler haben aus dem Fall ihres Hauptmanns Wilhelm Voigt die nötigen Lehren gezogen. Sie sind jetzt gegen alles, was Uniform trägt, ein wenig misstrauisch geworden, besonders, wenn es dazu noch ein Hauptmann ist. Dafür liefert folgende hübsche Geschichte einen Beweis: Das zweite Bataillon des Elisabeth-Regiments in Charlottenburg-Westend hatte in der Nacht zum Dienstag eine Nachschubung bei Köppler. Damit der Mannschaften am nächsten Morgen Kaffee gegeben werden konnte, lud vor einigen Tagen ein Hauptmann an den Regiments nach Köppler und bestellte dort bei einem Gastwirt für 400 Mann Kaffee. Dies war dem Wirt verdächtig. Kaum hatte der Herr Hauptmann Köppler verlassen, schickte ihm der Elisabeth-Regiment das Telephon, und es wurde anfragt, ob die Sache mit dem Kaffee auch seine Richtigkeit habe, der Herr Hauptmann bestellte. Diesmal entpuppte sich der Wirt als ein Misstrauischer Köppler der Offizier als ein echter Hauptmann.

Das Hochwasser. Jeder Tag bringt neue Nachrichten über Hochwasserständen in Norddeutschland und den Rändern des Niederrheins. Heute gehen folgende Telegramme ein: In Nittlich richtet das Hochwasser der Naas ungeheuren Schaden an. In der Gegend von Gerding und Jambach wurden mehrere Fabriken in Betrieb eingestellt.

Arbeiterchaft noch viel zu wenig befragt werden. Freilich sind daran einzig und allein die hohen Eintrittspreise schuld.

Die Kritik im Bund für Mutterschutz.

Uns wird geschrieben: Am 25. und 26. Februar tagte in Halle a. S. unter Leitung des Justizrats Rosenthal in Breslau als ersten und Schriftführer Josef Adam Heperlein-Leipzig als zweiten Vorsitzenden und in Anwesenheit von 26 Delegierten die ordentliche Generalversammlung des Bundes für Mutterschutz. Sie nahm, wie vorausgesehen war, einen außerordentlich fröhlichen Verlauf, sollte sie doch die Intelligenz zum Austrag bringen, die sich im Laufe des letzten Jahres zwischen den führenden Persönlichkeiten des Bundes entwickelt hatten, und die gegen die Person der Mitbegründerin und Leiterin des Bundes, Frau Dr. Helene Stöcker, erhobenen Beschwerden und Vorwürfe prüfte. Diese Beschwerden gingen von Frau Adele Schreiber aus und waren von Frau Regina Deutsch und Frau Dr. Ellard in eine Broschüre zusammengefasst, sie gipfelten in den Behauptungen, dass Frau Dr. Stöcker aus Herrschsucht und auch aus materiellen Gründen die Leitung des Bundes, der Berliner Ortsgruppe und schließlich im Herbst vorigen Jahres auch noch die mit 3000 Mark besoldete Geschäftsführerschaft an sich gebracht habe; dass ferner die Finanzlage des Bundes eine total unübersichtliche sei, so dass es unmöglich wäre, die Einnahmen und deren Verwendung zu kontrollieren. Endlich, dass zu wenig für die praktische Arbeit getan werde, indem Gelder, die ausdrücklich für die armen Mütter gesammelt und gegeben wurden, zur Zahlung hoher Gehälter und Speisen verwendet wurden. Für diese Zustände sei Frau Dr. Stöcker verantwortlich, und zwar nicht nur für die Zeit ihrer Geschäftsführung, sondern auch schon für die vor derselben liegenden fünf Jahre. Ferner wurde ihr „eigenmächtige Veränderung“ von Sitzungsprotokollen, unrichtige Wiedergabe von wichtigen Briefen und ähnliches vorgeworfen.

In die Behauptungen der Beschwerdeführerin, bevor eine Kontrolle und Abklärung möglich waren, in die Presse gelangen, so entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, als ob der Wagen des Bundes von Frau Dr. Stöcker in den Kampf geführt sei. Das Ergebnis der Verhandlungen auf der General-Versammlung ist die Feststellung der Tatsache, dass dem nicht so ist.

Aus dem Kassenericht ergab sich, dass die Kassenverhältnisse in bester Ordnung sind. Der Vermögensbestand des Bundes (ausschließlich der Berliner Ortsgruppe) ist zurzeit nahezu 15.000 Mark, und zwar ist dies in erster Linie der Finanzpropaganda Frau Dr. Stöckers zu danken, die in den letzten vier Monaten allein eine Einnahme an Spenden von nahezu 9000 Mark erzielte. Das Budget des Bundes ist rund 12.000 Mark. Der Bund leistet dafür außer seiner eifrigen theoretischen Propaganda für die Mutterschutzbestrebungen durch Vervollständigung, Zirkulare, Petitionen auch eine große praktische Arbeit. Er unterhält in Berlin ein Heim zur Erziehung und Aufnahme von unglücklichen Müttern mit ihren Säuglingen verbunden mit einer Auskunftsstelle für Hilfe suchende Frauen. Allein die größere Hälfte der Ausgaben sind unmittelbare Aufwendungen für diese Zwecke.

Frau Helene Stöcker legte in ihrem Geschäftsbericht dar, wie sie nach der notwendig gewordenen Entlassung des früheren Generalsekretärs im Herbst vorigen Jahres provisorisch auf ein Jahr die Geschäftsführung übernommen habe, um Ordnung in die Verhältnisse zu bringen. Die Uebertragung des ausgeübten Geschäftsführerpostens auf sie sei sogar eine Rekrutierung der Ausgaben des Bundes gewesen, da zugleich die ihr für die Propaganda gewährten 1500 Mark dadurch in Wegfall kamen. Tatsächlich habe sie von dem ihr während der Zeit ihrer Geschäftsführung gezahlten Gehalt noch eine ganze Reihe von Ausgaben für den Bund persönlich getragen, so dass ihr nur ein kleiner Ueberschuss geblieben sei.

Das Endziel der Untersuchungen über die Finanzfrage war bei einigen Stimmhaltungen die einstimmige Annahme folgender, auch von der Verfasserin der Beschwerdeführerin, Frau Dr. Ellard, unterschriebener

Resolution:

- 1. Die Generalversammlung des deutschen Bundes für Mutterschutz stellt nach Kenntnisnahme des Berichtes der Kassisten und des Schatzmeisters, sowie nach Prüfung aller in Bezug auf die Verwaltung der Gelder erhobenen Beschwerden fest, 1. dass die Kasse sich in Ordnung befindet und dass die Finanzlage des Bundes eine durchaus gesunde ist; 2. dass die Bücher seit Uebernahme des Geschäftsführerpostens durch Frau Dr. Helene Stöcker im Oktober vorigen Jahres in streng kaufmännisch korrekter Form geführt worden sind; 3. dass auch nicht der geringste Anlass zu der Annahme besteht, dass vor dieser Zeit eine den Satzungen des Bundes widersprechende Verwendung von Geldern vorgekommen ist.

Die Versammlung bedauert lebhaft die durch einen Teil der Presse gemachten, die gute Sache des Bundes und die persönliche Ehre von Frau Dr. Stöcker verletzende Darstellung, als

Genauigkeit davon Kenntnis, dass auch die Beschwerdeführenden Mitglieder des Bundes, deren sachliche Richtigkeiten die Versammlung nicht bestritt, diesen Standpunkt teilen.

Die Generalversammlung beschließt, dass die Bundeskassisten und die Ortsgruppenkassisten des Bundes, aus deren Veräußerung die früheren Unklarheiten der Buchführung hervorgegangen sind, in Zukunft in getrennter Verwaltung geführt werden. Sehr lebhaft gestaltete sich die Sitzung, als Geheimrat Prof. Max E. Berlin seine auf das intime Privatleben von Frau Dr. Stöcker bezüglichen Anklagen erhob. Frau Dr. Stöcker habe Rechtswacht Dr. Springer, mit dem sie seit Jahren in Weilmann's Ehe lebe, in den Vorstand gebracht. Außerdem habe diese zeitweise auch noch ein früherer Strohhaber angehört. Er gestehe Frau Dr. Stöcker das Recht zu, über ihre Persönlichkeit frei zu verfügen, mache ihr aber zum Vorwurf, dass sie sich auf diese Weise einen zu großen Einfluss im Vorstande verschafft habe. Zudem sei ihre Beziehung zu ihrem illegitimen Gatten nicht mitgeteilt habe, habe sie sich einer „unabhängigen Täuschung“ schuldig gemacht. Helene Stöcker bestritt, dass sie ihre Beziehungen bemittelt habe, um sich irgend welche Vorteile zu verschaffen. So habe z. B. bei dem Beschluss, der ihr den Geschäftsführerposten anwies, Herr Dr. Springer sich der Stimme enthalten. Die Forderung Manets, denartige Beziehungen anderen mitzuteilen, müsse sie als unzulässig zurückweisen. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, dass die Erörterung derartiger höchst persönlicher Verhältnisse zurückzuweisen sei und beschloss deshalb Uebergang zur Tagesordnung.

Was die letzten gegen die Tatsache von Helene Stöcker vorgebrachten Beschwerden betraf, so wurde beschlossen, dass Ergebnis der Untersuchung einer in der letzten Ortsgruppen-Versammlung in Berlin eingesetzten Kommission abzuwarten. Die Kommittee konnte nur den Eindruck verzeichnen, dass es sich da um sehr unangeordnete, über Gebühr aufwandsreiche Dinge handelt, die ein Delegierter, freilich unter starkem Protest der Gegenpartei, kurz als „Kassisch“ bezeichnete.

Ein von Mannheim eingebrachter Antrag, ein auswärtige Ortsgruppe mit der Führung des Bundes zu betrauen, wurde einstimmig angenommen und als Vorort Breslau gewählt. Diese Regelung schien allen Beteiligten in Rücksicht auf die in der Berliner Ortsgruppe noch herrschende Uneinigkeit geboten. Damit dürften die Differenzen für den Bund erledigt sein und es bleibt nur zu bedauern, dass eine so gute Sache, die auch von zahlreichen Sozialdemokraten seither unterstützt wurde, durch das unüberlegte, offenbar aus rein persönlichen Gegenständen entspringende Vergehen einiger Mitglieder in eine so schwere Krise gestürzt worden ist.

Gertrud David.

Der Kampf der Landarbeiter um die Rente.

(Zweites Heft für die landwirtschaftliche Fortschrittsschule.) In der Sitzung vom 22. d. M. lagen 26 Anträge aus den Landkreisen Oels, Glatz, Ohlau, Gabelschwerdt, Münsterberg, Gubrau und Neumede vor. Einige sind von Interesse.

Der Arbeiter Robert Schürle in Kraschen, Kreis Oels, zog sich im Jahre 1907 durch einen Betriebsfall eine Verletzung eines Fingers zu. Der Finger verkrümmte. Nach und nach verkrümmten auch die übrigen Finger der linken Hand. Der Kreisrat beschloss, dem Mann eine Unfallrente von 35 Prozent, die jetzt, da eine Genesung des Gehörns der Hand eingetreten sei, vollständig zu erhöhen werden sollte. Der Arbeiter war damit nicht einverstanden, weil er noch wie früher wegen der verkrümmten Hand, die er nicht schütten kann, an der Arbeit erheblich gehindert ist. Der Kreisratbesitz Dr. Stempel erklärte, der Mann hätte eine zu hohe Rente bezogen, ursprünglich sei nur ein Finger verletzt gewesen, dafür gäbe es nur zehn Prozent Rente. Die Verkrümmung der übrigen Finger sei nicht als eine Unfallfolge anzusehen. Der Richter leitete die Verhandlung ab. Sicher in vielen Fällen, bei denen die letzte Unfallfolge festgestellt, hatte sich Krankheit herausgestellt. Das Schiedsgericht konnte sich nicht davon überzeugen, dass hier vollständige Genesung eingetreten sei und verurteilte den Kreisratbesitz zur Zahlung von 20 Prozent Rente.

In einem anderen Falle trat Dr. Stempel warm für die Erteilung der Rente ein. Es handelte sich um die Hinterbliebenenrente für eine Witwe und deren Kinder. Der Bauerwirtschafter Matern in Al-Wilmshorst, Kreis Glatz, hatte sich durch Heben eines Sackes schwere Schäden getan. Er wurde bleich, musste sich sofort zu Bett begeben und nach drei Tagen verstarb er. Die Witwe beantragte beim Kreisrat eine Rente, da sie behauptete, dass der frühzeitige Tod ihres Mannes nur durch die Anstrengung erfolgt sein könne. Das Gericht wurde jedoch abgelehnt, weil der Kreisratbesitz einen Betriebsfall nicht für vorliegend erachtete. Der Arzt begutachtete, es müsse hier in dem eigentlichen Falle angenommen werden, dass durch die körperliche Anstrengung ein ernstes Organ zum Durchbruch gekommen ist. Es habe gewiss eine eitrige Gallenleber oder ein Magenleiden vorgelegen. Der rasche Tod und der ganze Verlauf des Krankheitsfalls gebe für diese Annahme genügenden Anlass. Das Schiedsgericht entschied, dass der Frau Sterbegeld und Hinterbliebenenrente zu erteilen sei. Es schloß sich dem ärztlichen Gutachten an.

* Wühlungener Polizeidienst eines Gelben.

Wie bereits kurz berichtet, hatten sich am Mittwoch die Genossen Philipp und Schneidewind vom Metallarbeiterverband vor dem Breslauer Schöffengericht wegen

antworten. Im Herbst vorigen Jahres wurde bekannt, dass die preussische Regierung vom Abgeordnetenhaus die Bewilligung von 150 Millionen Mark für den Bau von neuen Eisenbahnwagen forderte. Für den 15. Dezember berichtete der Metallarbeiterverband die Arbeiter der Waggonfabriken Linke, Hofmann und Maschinenbauanstalt Breslau zu einer Versammlung zusammen. Die Einladung erfolgte durch Flugblätter, die am Ausgange der Fabriken verteilt wurden. Ein Gelber, der wohl der Meinung sein mochte, dass man regierungsfeindlich sein müsse, sobald die Regierung einmal etwas für die Arbeiter tun wolle, hatte nichts Eiligeres zu tun, als dem nächsten Schützmann ein solches Flugblatt auszuhändigen. Der Schützmann wußte nicht recht, was damit anzufangen sei und gab das Blatt seinem Kommissar. Natürlich gelang es dann auf dem dienstlichen Wege bis aufs Präsidium und von hier aus an die Staatsanwaltschaft. Das Amtsgericht fabrizierte denn auch sofort zwei Strafbefehle über 20 und 10 Mark und schickte sie den Angeklagten zu.

Auf deren Einspruch kam die Sache jetzt zur Verhandlung und endete, wie gemeldet, mit Freisprechung. Das Gericht mußte zugeben, dass die Abwendung einer Petition an das Abgeordnetenhaus um Bewilligung von Mitteln für auszuführende Arbeiten, wie sie von der Versammlung beschlossen worden war, eine rein wirtschaftliche Angelegenheit ist. — Wo-ou aber die unnötige Arbeit und Papierverschwendung, wenn man gar keinen Anhalt dafür hat, dass wirklich eine „Uebertretung“ vorliegt, wie es hier der Fall war? Wo-ou?

* Aus einer staatlichen Waisenanstalt.

„Beckruf“ der Eisenbahner wurde folgendes Schriftstück gestellt:

„Laut Offerte im Breslauer Generalanzeiger suchen Sie einen Bureaubeamten und erlaube ich mir, mich hochachtungsvoll darum zu bewerben. Seit zehn Jahren im Staatsbahnverehr als Bahnwagenbeschäftigter in ungeliebtester Stellung, will ich mich verändern, weil ich täglich 21 Stunden Dienst habe, welches ich auf Dauer nicht aushalten kann. Wenn ich den Dienst nicht ablehnen will, soll ich nur Vertretung von meinem Gehalt besorgen, was ich bei dem geringen Gehalt nicht tun kann. Bin in schriftlichen Arbeiten wie Buchführung erfahren, ich seit zehn Jahren eine Kassestelle verwaltete. Zeugnisschriften kann ich nicht beifügen, doch dürfte die, die ich zehn Jahre an der Bahn bin, das beste Zeugnis sein. Diese Verwaltung nur unbeschollene Leute beschäftigt. Betreffs des Gehaltsantrages könnte ja bei etwaiger Gelegenheit mündliche Verhandlung erfolgen. Bin 48 Jahre alt, reflektiere jedoch nur an Lebensstellung.“

Also 21 Stunden täglichen Dienst machen dieser Staatsbeamte. Das Charakterisiert die erbärmlichen Dienstverhältnisse der Eisenbahn-Proletarier zur Genüge.

* Ueber das Freibrief-Mandat des Stadt.

Guido Simon soll am heutigen Donnerstag vor Bezirksauschuss endgiltig — nach 1 1/2 Jahren! — entlassen werden. Da die Verhandlung erst um 12 Uhr beginnt, können wir den Bericht darüber erst morgen bringen.

* „Sind unsere Schulen im Geiste Goethes?“

Der Breslauer Goethebund veranstaltet am Freitag acht Tagen, 11. März, Abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Konzerthauses eine öffentliche Versammlung, in der Herr Professor Dr. Ludwig Gurlitt aus Berlin einen Vortrag über das Thema halten wird: „Sind unsere Schulen im Geiste Goethes?“ Der Zutritt zu diesem Vortrage steht jedermann frei.

* Achtung, Arbeiter! In dem Kohlenfäure-We...

von G. A. Schütz, Dhlauer Chauffeur, sind Differenzen ausgebrochen. Zusatz ist fern zu halten! Töblicher Unglücksfall. Am 1. d. M. stürzte der vierundzwanzigjährige Bahnarbeiter Christ-an Krolow von vier in Höhe eines unglücklichen Zufalles am Dextor-Wahnton in einen mit festem Eiswasser gefüllten Reinigungsgefäß. Der Unnglückliche wurde nach dem Altheiligen-Hospital überführt und er starb dort am 2. d. M. an den Folgen der erlittenen schweren Verletzung.

Wer ist die Tote? Eine am 1. d. M. Vormittags von der Fährbrücke in die Dore gefallene und ertrunkene Frau mit dunklem Rock, ebentlicher Jade und einer hellen Schürze. Sie hatte dunkelblondes, in der Mitte geschütteltes Haar und war 20 bis 25 Jahre alt. Anzeichen zur Ermittlung werden im Zimmer 31/32 des Polizeipräsidiums erbeten.

abstich hat. Die Mutter bestritt, dass sie durch die Juchzeit im früheren Mann habe beleiben oder tranken wollen; sie habe dem Worte „Vaterberg“ den „himmlischen Vater“ gemeint. Der Gericht war indessen anderer Ansicht und erblide tatsächlich in der Grabinschrift eine Verleumdung. Es wurde gegen die Frau auf eine Geldstrafe von 20 Mark, sowie auf Beseitigung des Grabsteines erkannt.

Fatal. In einem kleinen Städtchen des Königreichs Sach hat sich ein Verein gebildet, der den schönen Namen „Rensche“ führt. Wenn er nun im Kreisblatt oder durch Zirkulare etwas faunt macht, heißt es stets am Schlusse: „Der Anschlag der Vereinheit.“ Hoffentlich schaden die Mitglieder sich in Wahrheit höher als es danach den Anschein hat.

Reichmann-Hollweg.

Alle horchen still bellommen, Mannen überläßt es kalt, Wenn jetzt hat das Wort genommen Unter frommer Theobald.

Wird er wohl in ersten Tagen — Oder aber wird er nicht — Die Erdstimmgehorde sagen? Stille doch! Der Lange spricht.

Die Leihzine zum Ratheder Und zur Schule wird das Hans. Hohles Blech und gäbes Leder! Wo will dieser Mann hinaus?

Einen Philosophenkläse, Der auch schon in Händnis war, Spricht er langsam durch die Nase Tief bewegt und sonderbar.

Warum bloß nicht unverschollen Spricht er das bewusste „nein“ Das die Janter ihm befohlen? Wußt es denn salubers sein?

(Preis Schmitt im „Simplissimus“)

Chorier ist die Waas bis fünf Meter über den normalen Stand gestiegen. Der Eisenbahnverkehr stockt. Ein herabiges Hochwasser im Laufe der Waas war seit 1880 nicht mehr zu verzeichnen. Auch mehrere Kohlenzechen befinden sich unter Wasser. In einzelnen Ortschaften steht das Wasser 2 1/2 Meter hoch. In Tillingen ist das Wasser bis auf den Schienenstrang der Nordbahn gestiegen. In Serain stürzte eine Stauwand ein, wodurch sich ungeheure Wassermassen in die Stadt ergossen. Die Arbeitsstätten von Goderill haben 2 Meter unter Wasser. In Wütlich sind mehrere Zementwerke vom Wasser gehoben worden, auch hier befindet man den Stauwall einer Staustrophe. — Infolge des Hochwassers der Waas sind in Hellilly und Plaisance in Frankreich mehrere Straßen neuerdings unter Wasser gesetzt worden. Viele Bewohner, die bereits ihre Wohnungen wieder bezogen hatten, mußten wieder ausziehen. In Juit brang das Wasser in die Schulen und in die Kirche. Ein Fischer, Vater von vierzehn Kindern, ist ertrunken.

Mehrere Gegenden der Niederlande werden von einer Dürre heimgesucht, die besonders in Friesland schmerzhafte Folgen hat. Da der Boden Frieslands unter dem Meeresspiegel liegt, wurde, als infolge eines heftigen Landwässerens die von andauernden Regenfällen durchweichten Löss nachgaben, der größere Teil der Provinz überflutet. Seit einigen Wochen verschlimmert sich die bringende Lage der Bevölkerung. Mehrere Dörfer wurden von dem Ueberflutet abgegrenzt, mehrere Häuser stürzten ein oder wurden unbeschädigt, viele Damer, die die Flut nicht ihres Viehes herablie, sahen sich zum Verkauf der Tiere gezwungen, da ihnen kein anderes Plätzen blieb. Auch in Geibeland hat das Wasser eine fast nicht bewegene Höhe erreicht. Das Land um Arnheim sieht aus wie ein See; der Wind bringt keine Verbesserung, sondern schenkt den Juncos des Wassers aus Düstlichkeit zu verhalten. Bei Arnheim erreichte der Rhein bereits nahezu 5 Meter über den gewöhnlichen Stand. Nach vielen Dörfern wird der Verkehr in Schulen beeinträchtigt.

Auch der Substanz in Amerika hat letzte Her überflutet, und droht mit großer Schnelligkeit die Landstrichen in Alabama und die Ostküsten von Florida, Georgia, South Carolina und North Carolina zu übersetzen. Die Stadt Frankfurt in Deutschland wird das Wasser vollständig vom Verkehr abge-

Schritten. Tausende sind obdachlos, da das Wasser in die Häuser eingedrungen ist. Dazu kommt die Risse, die das Land unter den Ueberflutungen noch vergrößert. Da das Wasser die Bevölkerung nicht unbeschädigt traf, konnten nur provisorische und unzureichende Schutzmaßregeln getroffen werden. Sehr große Verwüstungen sind in Genesee, Rosham und Canisio Ballen angerichtet worden. Die Wasser überflutet bei Canisio Ballen das Land in einer Ausdehnung von dreißig englischen Meilen. Die Behörden hoffentlich, die Sizilien durch Dynamit zu sprengen, um den Abfluß des Hochwassers zu erleichtern. Große Hochwasserfahr droht auch dem Staate Pennsylvania. Auch im Staate Ohio führen die Flüsse Hochwasser.

Ein neues Lawi-unglück in Amerika. Aus Epone in Staate Virginia kommt die Meldung, dass ein Exploktion der Great Northern-Güterbahn in der Nähe von Everett (Washington) von einer Schiene abgefallen wurde. Von den verkrümmten Passagieren wurden bis jetzt 20 als Leichen hervorgehoben; 25 werden noch vermist. 15-20 Personen sind schwer verletzt. Der hinter angehängte Kesselwagen des Schienenwagens V'All wurde gleichfalls von der Schiene abgefallen. Die Reisenden zogen sich infolge der gewaltigen Schienenmassen, die niedergerollten sind, der Unglücksfälle nur in einer Entfernung von 8 englischen Meilen. Auch zwei andere Bände, ein hinter Verloren und ein mit Schienenwagen versehener Zug, sind in Washington von Schienenmassen verkrümmelt worden; doch sind hier Verletzte an Menschenleben noch nicht bekannt geworden.

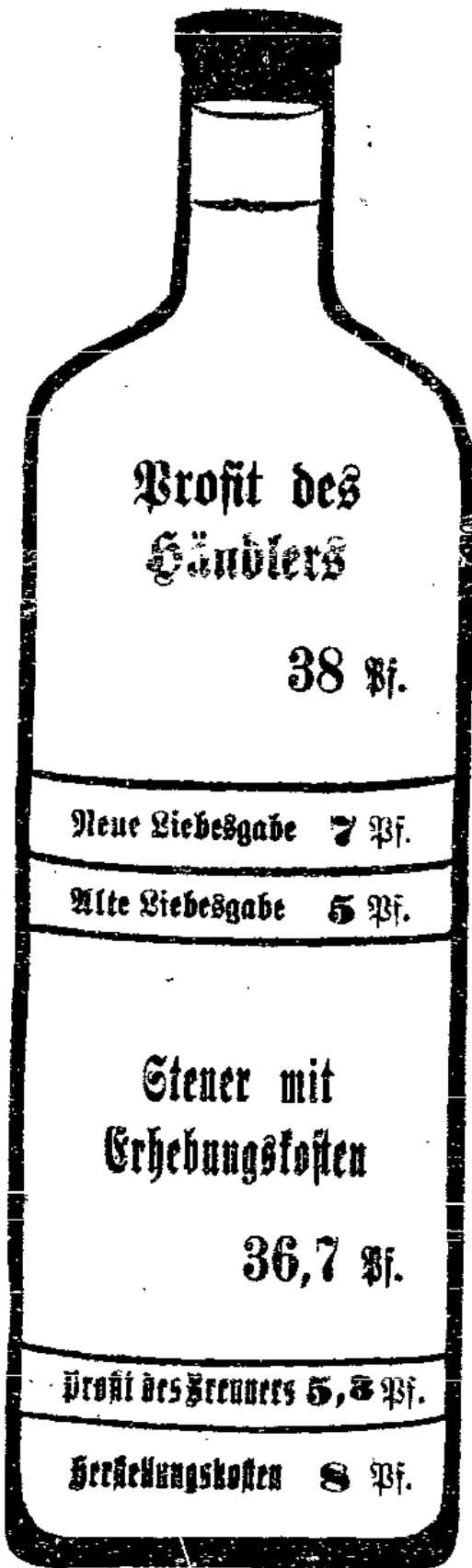
Das irone Vaterberg. Ein eigenartiger Verleumdungsprozess gegen den irone Vaterberg. Die irone Vaterberg hat sich im Kreisblatt ein Verleumdungsgeschäft angedacht. Der irone Vaterberg wurde vor einigen Jahren von seiner Ehefrau gerichtlich getrennt. Aus der geschiedenen Ehe kam ein Kind, das sich im letzten Lebensjahr verlor. Die Mutter des Kindes wurde durch den irone Vaterberg, der die Juchzeit zog, das irone Vaterberg, das da so sehr unglücklich voll gemacht auf Erden. Soll dir im Himmel begeben werden. Durch diese Verleumdung fühlte sich der irone Vaterberg und Vaterberg sehr verkrümmelt. Er wie andere Ortsbewohner waren der Meinung, dass die irone Vaterberg nur einen Nachschub gegen den Vater ihres Kindes be-

Parteilosen!

Denkt an den Schnapsbottel.

Führt ihn nicht nur selbst durch, sondern sorgt dafür, daß die Aufklärung

Aber den Vorteil, den die Junker vom Schnaps haben und über den Fluch, den der Schnaps dem Volke ist, immer wieder gepredigt wird. Als Agitationsmaterial diene nachstehendes lehrreiche Bild.



Fort mit dem Junkerjoff!

Deutscher Reichstag.

46. Sitzung. Mittwoch, den 2. März, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratlich: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Die zweite Lesung wird mit der Abstimmung über die zum Titel „Staatssekretär“ gestellten

Resolutionen

fortgesetzt.

Angenommen werden die Resolutionen der Sozialdemokraten, Nationalliberalen und des Zentrums auf Sicherung des Wahlgeheimnisses, Befreiung der Berechnung des Wahlgeheimnisses und Einführung einheitlicher Wahlurnen;

die Resolutionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und Polen auf Regelung des Vergalts durch Reichsgesetz und geheime Wahl der Knappschaffsämter;

die polnische Resolution auf baldige Vorlegung eines Gesetzes über das Koalitionsrecht der Landarbeiter. (Bravo! links.);

Die Resolutionen der Sozialdemokraten, Nationalliberalen und des Zentrums auf gesetzliche Regelung der Versicherungs- und Arbeitsverhältnisse der Privatbeamten; die nationalliberale Resolution auf Unterstellung der technischen Beamten unter die sozialen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches;

die Zentrumsresolutionen zu Gunsten der Tarifgemeinschaften und auf Maßregeln zu Gunsten des kaufmännischen Mittelstandes (darunter Vertretung des Kleinhandels in den Handelskammern, Maßregeln gegen Abzahlungsgeschäfte und Hausierhandel); die Zentrumsresolution auf Ausbau des Koalitionsrechts;

die sozialdemokratische Resolution auf gänzliches Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tage;

die Zentrumsresolutionen auf Zuziehung der Arbeiter zur Baukontrolle und auf baldige Vorlegung eines Kartellgesetzes;

die Resolution verschiedener Parteien auf Einführung der Versicherung der Privatbeamten;

die nationalliberalen Resolutionen auf Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk und auf bessere Abgrenzung zwischen Industrie und Handwerk sowie auf stärkere Berücksichtigung der einheimischen Schiffer bei Frachten für das Reich;

die konservative Resolution auf andere Regelung der Arbeitszeit der Mollereien;

die antisemitischen Resolutionen auf gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Düngemitteln und auf Bekämpfung der Schmutzindustrie;

sowie die polnische auf Regelung der Rechtsverhältnisse der Ausländer in Deutschland.

Abgelehnt werden die Resolutionen der Sozialdemokraten auf reichsgesetzliche Regelung des Knappschaffsämterwesens unter Vorzeichnung der dabei zu beobachtenden Richtlinien, auf Schutz der in Stein-, Braunkohlen-, Erz-, Kali-, Gips- und Ton-

werken beschäftigten Arbeiter, der Arbeiter der Grobeisenindustrie, der Metallschleifereien und der Glashütten;

auf reichsgesetzliche Regelung der Betriebsklassen unter Sicherung der Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung; auf Vorlegung eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Seeleute (Beaufsichtigung des ganzen Schiffsbetriebes); und auf Vorlegung eines Gesetzes über den Schutz der Bauarbeiter;

ferner die Resolutionen der Polen auf Aufhebung des Sprachparagraphen des Vereinsgesetzes; auf Errichtung partieller Arbeitsnachweise;

auf Einführung eines Maximalarbeitstages für die Feuerarbeiter;

die Zentrumsresolution auf Ausdehnung der im Handwerk geltenden Bestimmungen über das Lehrlingswesen auf die kaufmännischen Betriebe;

die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Regelung der Arbeitszeit in den Mollereien und auf Verleihung des Rechts zur Festsetzung von Mindestpreisen an die Innungen.

Hierauf wird die Beratung des Etats fortgesetzt.

Am Titel „Kohlebeitrag zu den Kosten der internationalen Organisation für Luftschiffahrt“ liegt eine Zentrumsresolution auf Errichtung einer „Republikanischen Versuchsanstalt“ in Friedrichshagen vor, während die Nationalliberalen einen Antrag auf Errichtung einer

„Reichsanstalt für Luftschiffahrt“

ebenda eingebracht haben.

Die Abgg. Lefer (Benz.) und Dr. Sieber (natl.) bekräftigen die Anträge ihrer Parteien.

Abg. Graf v. Carmer (konf.): Graf Reppelin habe mit Rücksicht auf sein hohes Alter die Errichtung einer solchen Anstalt abgelehnt. Angesichts der Kosten sei zu erwägen, ob nicht die daran interessierten Industriekreise heranzuziehen sind. Als Ort komme ebenfalls Berlin in Frage, aber trotzdem stimmten seine Freunde beiden Resolutionen zu.

Abg. Dr. Delbrück (freis. Vp.): Eine derartige Anstalt ist dringend notwendig, den Ort zu bestimmen, ist heute noch verfrüht.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die verbündeten Regierungen haben sich mit der Frage noch nicht beschäftigt. Das Reichsfinanzamt lehnt aber die Errichtung einer Reichsanstalt ab, lehnt ab, weil wegen der Kosten. Mir scheint es besser, das Reich nicht mit der Verwaltung, sondern mit der Kontrolle solcher Anstalten zu betrauen. Die Platzfrage muß von einer Kommission von Sachverständigen geprüft werden.

Württembergischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. v. Köhler: Die württembergische Regierung steht der Errichtung einer Zentrale für Luftschiffahrt sympathisch gegenüber. Die Bedenken gegen die Errichtung in Friedrichshagen werden ja in der Kommission geprüft werden.

Der Titel wird bewilligt, beide Resolutionen werden angenommen. Beim Titel

„Förderung der Seefischerei“

(350.000 Mark) begründet

Abg. Görke (natl.) eine Resolution, welche in Anbetracht der schwierigen Lage der deutschen Hochseefischerei die Verabschaffung der Eisenbahntarife für deutsche Seefische wünscht.

Abg. Erzharter (Zentr.) stimmt der Resolution zu.

Abg. Gostheim (fr. Vp.) beantragt Änderung der Resolution dahin, daß die Erleichterung nicht nur „deutscher Seefische“, sondern „in deutschen Häfen eingeführten Fische“ zugute kommen soll. Die bedrängte Lage der deutschen Hochseefischerei ist eine Folge der Schutzollpolitik, hier wäre ausnahmsweise einmal eine Denschrift am Platze. Die Agrarier wollen mit dem Heringschutzoll nur einen Fischereifang betreiben, besonders in liberalen Wahlkreisen. (Bravo! links.)

Abg. Traeger (fr. Vp.) bittet namentlich für die Heringsfischerei um Wohnstätten und verbreitet sich über die Bedeutung des Herings; besonders für die Bekämpfung des Roters. (Schallende Beifall.)

Abg. Abthorn (freis. Volksp.): Um der Hochseefischerei aufzuhelfen, hat man Erhöhung des Heringszoll vorgeschlagen, aber einer Verteuerung dieses Volksernährungsmittels können wir nicht zustimmen. Die vorgeschlagene Ermäßigung des Eisenbahntarifes für deutsche Seefische hingegen findet unsere Billigung.

Abg. Fester (natl. Verein.) wünscht Förderung des Konsums an Seefischen. Man solle Versuche machen, das Publikum dazu zu bringen.

Der Titel wird bewilligt, die nationalliberale Resolution unter Ablehnung des freisinnigen Abänderungsantrages angenommen. Beim Titel „Kosten der Maßregeln gegen die Reblauskrankheit“ (1000 Mark) verlangt Abg. Dr. Dahlen (Zentr.) eine Abänderung des Reblausgesetzes zugunsten der Besitzer der betroffenen Weinberge.

Der Titel wird bewilligt. Beim Titel „Beitrag zu den Kosten der Zentralfstelle für Volkswohlfahrt“ (10.000 Mark) rühmt

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.) die Tätigkeit der Zentralfstelle, namentlich auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Es wäre erwünscht, im nächsten Jahr den Etat der Zentralfstelle zu erhöhen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Vp.): Die Art, wie die Zentralfstelle den Kampf gegen die Schmutz- und Schundliteratur führt, ist keineswegs tendenzlos. Ihr Beitrag müßte anders als in der jetzigen einseitigen Weise zusammengefaßt sein. Darin befindet sich kein Künstler, kein Schriftsteller, kein Mitglied der Presse. Auch von privater Seite sollte beim Kampf gegen die Schmutzliteratur jede politische und religiöse Tendenz aus dem Spiel bleiben. Die ständige Traktatliteratur — darauf mache ich die Herren vom Zentrum bezüglich der Arbeit in ihren Organisationen aufmerksam — ist nicht die Kost, die das Volk verlangt. Sie führt geradezu wieder zur Schmutz- und Schundliteratur zurück. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Schmutzliteratur werden wir erst zum Ziele gelangen, wenn alle religiösen, literarischen und künstlerischen Kräfte der Nation mobil gemacht werden. (Bravo!) Das Reich kann auf diesem Gebiete nicht anders vorgehen, als mit Unterstützung solcher Justiz wie die Zentralfstelle.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Bundesamt für Heimatswesen“ sagt

Abg. Franz-Rathor (Ztr.) lebhaft und beweglich über

die Zigeunerfrage

und verlangt verschärfte Einschreiten der Gendarmerie. Ein Zentrumsantrag, den er begründet, verlangt völliges Verbot des bandenweisen Umherziehens der Zigeuner.

Abg. Brähme (Soz.): Wir haben in Preußen gerade genug von der Polizei und haben keine Ursache nach Erweiterung ihrer Tätigkeits zu rufen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch sind die Ausführungen des Vorredners gegen die Zigeuner nicht gerade ein Zeugnis von Menschenliebe. (Zurückweisung bei den Soz.)

Aber nicht hiervon wollte ich sprechen; sondern von der Riposte, welche Polizei und Militärbehörden gegen deutsche Auswanderer anzuwenden. Hauptgegenstand sind die Militärposten auch in ihrer Anwendung gegen solche Auswanderer, die später zurückkehren. Und wenn gar ein Ausländer sich hier naturalisieren will, so erachtet man es ihm außerordentlich, wenn er ein einfacher Arbeiter ist. Einen Schuhmacher, der sich in Preußen naturalisieren lassen wollte, trage man u. a., ob er einen Orden habe. (Große Beifall.) Überdies ist fern die Spitze der Polizei- behörden. Hat denn die preussische Polizei gar nichts anderes zu tun

als zu schnüffeln? (Beifall bei den Soz.) Ausländer, die von diesen 8 Millionen als Sozialdemokraten verdächtigt werden, werden ausreisen. Und auch das Heimatswesen in Deutschland selbst liegt sehr im Argen. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, daß ein Gesetz, das sich in irgend einem Bundesstaat niederläßt, dort dieselben Rechte genießt wie einer, der dort geboren ist. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Graf v. Carmer (konf.) empfiehlt die Zentrumsresolution gegen die Zigeuner.

Der Titel wird bewilligt, die Resolution angenommen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Der Bergetat vor dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch die Generaldebatte zum Etat der Bergverwaltung. Der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt.

Gesprochen wurde weiter über den Antrag noch überhaupt über den Bergetat. Die ganze Debatte spitzte sich vielmehr auf eine Auseinandersetzung zwischen den Nationalliberalen und Zentrums an, die sich gegenseitig vorwarfen, Förderer und Unterstützer der Sozialdemokratie zu sein. Die Sozialdemokratie war bei der Verhandlung der Dritte, der sich freut, denn die Auseinandersetzungen bieten uns reichhaltiges Material, das wir im Kampfe gegen diese beiden Parteien benutzen können. — Zu Beginn der Sitzung hatte der Handelsminister Sydow einige Mitteilungen über das Ergebnis der Untersuchung auf Rege Haddob mitgeteilt, die aber völlig belanglos sind.

Donnerstag ist keine Sitzung, da die Wahlrechtskommission diesen Tag für ihre Beratungen frei haben will. Freitag ist erst Nachmittags Plenarsitzung, weil Vormittags die Wahlrechtskommission tagt, die hofft, an diesem Tage die 2. Lesung zu beenden.

Partei-Angelegenheiten.

Der Staatsanwalt an der Arbeit. Gegen den Genossen Markwald-Königsberg hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch, zum Aufruhr und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Außerdem ist noch Anklage erhoben wegen Verletzung von Beamten. Die Staatsanwaltschaft erblickt in dem Genossen Markwald den Rädelsführer. Die Straftaten sollen verübt worden sein anlässlich der am 13. Februar in Danzig stattgefundenen Straßendemonstration.

Der sozialdemokratische Verein Stuttgart beschloß in seiner am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung die Anstellung eines Parteisekretärs für die örtliche Organisation. Die Gesamtmitgliederzahl ist im letzten Halbjahre von 5298 auf 5667, die der weiblichen Mitglieder von 154 auf 215 gestiegen. — Statistische Erhebungen über die Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit von Arbeitern in einer größeren Zahl Stuttgarter Betriebe ergeben, daß von 6870 Arbeitern, die die Fragebogen ausgefüllt hatten, 4058 nur gewerkschaftlich, 415 nur politisch und 2363 politisch und gewerkschaftlich organisiert waren. Von über 1600 der befragten Arbeiter wurden noch bürgerliche — sogenannte parteilose — Zeitungen gelesen. Die Agitationsarbeit der Partei bleibt somit noch ein weites Feld übrig.

Die spanische Sozialdemokratie im Jahre 1909. Das Zentralorgan „El Socialista“ gibt einen Überblick über das vergangene Jahr mit dem Bewußtsein der erfüllten Pflicht und der Genugtuung über ein gutes Ergebnis.

Wie alljährlich wurden eine Anzahl Organisationsneuen oder wiederbegründet. Diesmal war der Zuwachs 27 — dabei waren für mehrere Monate die verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft gesetzt. Außer der regelmäßigen Agitation wurde eine besondere Propaganda an der Ostküste, in den Provinzen Valencia und Katalonien und auf den balearischen Inseln betrieben. Der Erfolg war gut und wäre unter minder schwierigen Umständen noch größer gewesen. Auch die Presse entwickelte sich. Begründet wurde La Justicia Social (Die soziale Gerechtigkeit), ein anderes, El Sudor del Obrero (Der Schweiß des Arbeiters), dessen Erscheinen unterbrochen war, erscheint wieder. Ohne Organ einer Parteigruppe zu sein, tritt El Obrero in Segovia für die Partei ein. Einige Organe haben Erweiterungen erfahren. Der „Internacional“ in Barcelona ist noch suspendiert, doch hofft man auf baldiges Wiedererschweinen. Das Zentralorgan hat auf dem Wege zur Umwandlung in ein Tagesblatt weitere Fortschritte gemacht, jedoch voraussichtlich noch in diesem Jahre die Voraussetzungen erfüllt sein dürften.

Auf gewerkschaftlichem Gebiete mußte hauptsächlich der Kampf gegen die falschen, kirchlich geleiteten Organisationen geführt werden. Zu Gunsten der schmächtig ausgebeuteten Bergarbeiter wurde eine Protestbewegung im ganzen Lande inszeniert. Eine Artikelserie, die diese Zustände behandelte, wurde veröffentlicht. In zahllosen Versammlungen wurde eine Eingabe an den Ministerräsidenten und die Abgeordnetenkammer beschlossen. Als Mindestforderungen wurden die Reform der Arbeitsordnungen, die Einführung der Achtstundenschicht und eines Mindestlohnes von 3,50 Peseta (2,80 M.) verlangt.

Die Wahlen im Mai und namentlich die glänzenden Verlaufens vom Dezember brachten Gewinn an Stimmen und Gemeinderatsmitgliedern. Die sozialistischen Gemeinderäte haben überall eine lebhafte und allgemein anerkannte Tätigkeit, namentlich in der Bekämpfung der Korruption in den Gemeindeverwaltungen, ausüben. Namentlich die Tätigkeit in der Hauptstadt Madrid war wirksam. Mit der Wirksamkeit der neugewählten Vertreter wird jede Hoffnung der Schmeißfliegen der Korruption zu nichts werden.

Die tapfere Protestbewegung unserer Genossen gegen den frevelhaften zu Gunsten einiger Spekulantengewonnenen Krieg in Nordafrika ist bekannt. Da sie dabei in den ernstesten Momenten völlig allein gestanden haben, dürfen sie auch die Ehre dieser Friedensbewegung für sich allein beanspruchen. Lebhafte Opfer mußten gebracht werden; dabei ist der größte Teil der Bekraften unschuldig auch im Sinne der bestehenden Gesetze. Keiner aber ist untreu oder mutlos geworden.

Zur Befreiung der reaktionären Schandwirtschaft hat die Partei ein Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie zur Eroberung der von beiden erstrebten weltlichen Republik geschlossen, das bei den Wahlen des Dezembers vollen Erfolg erzielte.

Die Solidarität der Genossen bewährte sich bei Sammlungen für die Opfer des italienischen Erdbebens und die der Regierungspolitik. Über 20.000 Pesetas wurden gesammelt, zu denen die Beiträge der ausländischen Bruderparteien hinzukamen.

Zusammenfassend nennt der Bericht das Jahr ein Jahr schmerzlicher Opfer, aber auch großer Siege, den Marzstein in der Geschichte Spaniens, da die sozialistische Partei begonnen hat, eine positive Kraft für den nationalen Fortschritt zu werden. „Voll Vertrauen setzen wir in die Zukunft. Wir denken an unsere Pflichten, die wir täglich erfüllen werden. Und wir vertrauen auf die Schicksale und unerschütterliche unserer Verbündeten. Es ist unabweisbar, daß Spanien in den Kreis der modernen Zivilisation eintritt. Dies müßte rasch zu erreichen ist unser unmittelbares Programm.“

Das Nachtparlament der Bühnenkünstlerinnen.

Zur Erörterung der sozialen Probleme im Leben der Schauspielerinnen hatte der Verein für Frauenwohl, für Frauenstimmrecht und der Bund für Mutterrecht für die Nacht vom 1. zum 2. März in Berlin eine Versammlung nach dem Saal der Harmonie einberufen, zu der ein gerader ungeheurer Andrang herrschte. Das gesamte künstlerische und literarische Berlin waren erschienen. Fast alle Bühnen hatten ihre Mitglieder entsandt, die Bühnengenossenschaft war mit ihrem Präsidenten Nissen an der Spitze stark vertreten. Auch viele Mitglieder des Bühnenvereins hatten sich eingefunden und gestaketen durch ihre Anwesenheit die Verhandlungen stellenweise recht lebhaft, ja stürmisch. Dr. Paul Linde war gleichfalls anwesend, verließ aber bei den scharfen Angriffen Gustav Mikells auf den Bühnenverein demonstrativ den Saal. Von Parlamentariern sah man die Abgeordneten Dr. Pfeiffer vom Zentrum, Dr. Gieseler, Carlens, Dr. Delbrück und Gylling von den Freisinnigen und Moste, Gildendron, Zietzsch und Böhle von den Sozialdemokraten. Den Vorsitz führte Frau Stadtkonrat Minna Bauer, die die Versammlung mit dem Hinweis auf die gewaltigen Fortschritte der Frauenbewegung in den letzten Jahren eröffnete. Die Frauenbewegung kann mit Freude auf die Ergebnisse der letzten Kampfe zurückblicken. Diese Erfolge konnten nicht zwingen ein paar Hundert Frauenrechtlerinnen, sondern sie konnten nur zustande kommen durch Unterstützung aller wirtschaftlichen Verhältnisse. (Lebhafte Beifall.) Die Frauenbewegung ist das, was man eine Massenbewegung nennt. (P) Darauf erörterte der Generalsekretär der Bühnengenossenschaft Dr. Herrieth die Frage: Was geht die Schauspielerinnen die Frauenbewegung an? Die Schauspielerin ist in der verhältnismäßig altmütterlichen Lage, daß bei ihr jede Konkurrenz mit dem Manne fehlt. Die Schauspielerin braucht gleichmäßige beide Geschlechter. Trotzdem steht die Schauspielerin in ihrem Beruf viel schlechter da, als der Mann. Sie hat bisher den Rufnamen zwischen ihrer wirtschaftlichen Lage und der Gemütslage der Frauen im allgemeinen noch nicht erfaßt. Obwohl die Bühnengenossenschaft zum dritten Teil aus Frauen besteht, wußte die Frau es Jahrzehnte lang ruhig mit ansehen, daß ihre Angelegenheiten von Männern verwaltet wurden. Die Gleichberechtigung in der Bühnengenossenschaft wurde vor drei Jahren gewährt, mehr als Courtisane als auf dringendes Verlangen der Frauen hin. Das ist kein gutes Zeichen für die politische und soziale Reife der Bühnenkünstlerinnen. Das scheint jetzt anders zu werden. Freie Trieb hat sich an die Spitze der neuen Bewegung gestellt, und an dieser neuen Bewegung wollen wir alle mitarbeiten. (Lebh. Beifall.)

Frau K. v. B. vom Berliner Neuen Theater wies darauf hin, daß man immer noch die Begriffe: Theater und Unfähigkeit, Schauspielerin und Dumm miteinander verbindet. Es gehört zu den Ausnahmen, wenn einmal von einer mehr bekannten Schauspielerin gesagt wird: Sie ist zwar Schauspielerin, aber trotzdem eine anständige Person! (Sehr richtig!) Gerade diese Ausnahme wirkt ein scharfes Licht auf die allgemeine Mißachtung, ja Verachtung, der der Beruf der Schauspielerin anhaftet. Ist diese allgemeine Ansicht begründet? Wir wollen nichts beschönigen, nichts verheimlichen. Es gibt innerhalb des Schauspielerinnenstandes tatsächlich eine Prostitution. Wir wollen dieser traurigen Erscheinung nachgehen. Der Grund für diese Erscheinung ist, daß der Aufwand der Schauspielerinnen in keinem richtigen Verhältnis zu ihrer Gage steht. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist am schlimmsten bei den kleinen und mittleren Theatern, wo für erste und zweite Häuser Gagen von 200-350 Mark, bezw. 100-120 Mark gezahlt werden. Dabei muß man bedenken, daß meistens nur sechs,

höchstens sieben bis acht Monate gespielt wird, so daß das Jahres-einkommen dieser Schauspielerinnen sich zwischen 500-1400 Mark bewegt. Die Comedietheater bezahlen kaum mehr als die Hälfte der Wintergagen. (Lebhafte Zustimmung.) Über 60 Prozent aller Schauspielerinnen müssen sich mit einem Jahres-einkommen unter 1000 M. begnügen. (Wiederholtes lebhaftes Hört, Hört!) Davon muß man abziehen die Beiträge für Agenten, Krankensversicherung, die Kosten für Reisen und die Kosten für die Garderobe. (Hört, Hört!) Die Schauspielerinnen müssen sich nicht nur die modernen, sondern auch die historischen Kostüme und alle Toilettenartikel nach den Anordnungen der Regie selbst beschaffen. Das ist ein Krebsgeschwür. Was soll eine arme Schauspielerin machen? Sie muß sich in Schulden und schließlich muß sie der Prostitution verfallen. (Lebh. Zustimmung.) Wer keine Kostüme hat, wird vom Direktor, Publikum und Presse rüchlich-los bloßgestellt. Das Talent kommt erst in zweiter Reihe, in erster Linie kommen die Toiletten. (Lebh. Zustimmung, Widerspruch bei den Mitgliedern des Bühnenvereins.) Manche hat schon den freiwilligen Tod dem Wege der Schande vorgezogen. Da ist eine Maßnahme zur Abhilfe nötig. Wir müssen dahin streben, daß die Gage von den Direktoren gestellt wird. Wir wollen Gesehe, die den heutigen Zustand verbieten und bestrafen. Dann werden gewisse Elemente von selbst ausgeschaltet werden. (Lebh. Zustimmung.)

Mit stürmischem Beifall empfangen, sprach dann Gustav Mikell vom Vestingtheater, der bekannte Vorkämpfer für die Interessen der Schauspieler: Niemand verkennt die Bedeutung des Theaters für das Kulturleben. Aber die Lage der Schauspielerinnen ist nicht kulturwürdig. (Sehr richtig!) Schreiende Mißstände bestehen, und wer sich ihrer Abhilfe entgegenstellt, ist kulturfeindlich und unästhetisch. (Stürmischer Beifall.) In noch höherem Maße ist das bei denen der Fall, die diese Dinge genau kennen und dennoch nicht gegen sie vorgehen. (Stürmischer Beifall.) Und das ist der Deutsche Bühnenverein, den ich hiermit vor der deutschen Kulturwelt anklage. (Wiederholtes stürmisches Beifall, Lärm und Zurufe bei den Mitgliedern des Bühnenvereins.) Das Wort ist bitter, aber wahr. Die Genossenschaft hat den Kampf aufgenommen. Die Berufsgleichberechtigung hat sich die Schauspielerin längst erkämpft, jetzt kommt die zweite Gruppe. Das ganze Elend kommt von der Kostümlage: Ist die gekost, dann ist mehr oder minder das ganze Schauspielerinnenproblem gelöst. Warum müssen die Schauspieler nicht auch die Kostüme stellen (Sehr richtig!), warum die Theatermeister nicht die Dekorationen und die Souffleure die Bücher des Autors? (Sehr richtig!) Das wäre genau dasselbe (Jurist bei den Mitgliedern des Bühnenvereins: Nein, nein! Jurist: O doch!) Zum Theater kommen dreierlei Damen: die wirklich berufenen, dann die aus unglücklicher Liebe kommen, und drittens die Schiffsbrüche gelitten haben, meistens in der Liebe. (Geisterzeit und Zustimmung.) Das Publikum ist mit Schuld daran, wenn die letzte Gruppe eine Rolle spielt. (Sehr richtig!) Berlin hat acht in's Residenztheater, nur um sich die Garderobe der Damen anzusehen. (Lebhafte Zustimmung.) Dann bei den Mitgliedern des Bühnenvereins.) Die Mitglieder der dritten Kategorie lassen es sich mit Dämonie angelegen sein, die anständigen Kolleginnen auf ihr Niveau herunterzuziehen. Darum gehört diese Kategorie zuerst vor unser Schlichter. (Stürmischer Beifall.) Redner legt auch wiederum einige besonders kräftige Verträge her aus Hamburg, wo drei Schauspielerinnen und Sängern engagiert wurden gegen monatliche Gagen von 35, 30 und 25 Mark. (Große Lärme und Zustimmung.) Im zweiten Jahr sollten sie 60 Mark bekommen, wurden aber vorher gekündigt. Die Schauspielerinnen sind auch sehr häufig Freiwilhl der Direktoren. Eine Chorale der Künstlerin, die unter solchen Verhältnissen intact bleibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Mit stürmischem Beifall begrüßt, nahm in der weiteren Debatte auch Reichstagsabgeordneter Dr. Pfeiffer das Wort, der die Bühnenkünstlerinnen beglückwünschte zu der glänzenden Versammlung und ihren Bestrebungen vollen Erfolg wünschte. Sie sollten aber nicht zu weitgehende Hoffnungen haben, da schon mit organisierter Selbsthilfe viel gebessert werden könnte. Das Reichstheatergesetz werde ja in vielen Dingen den Schauspielerinnen zu Hilfe kommen. Schon das Stellenvermittlungsgesetz, das jetzt dem Reichstage vorliegt, beseitigt viele Mißstände auf dem Gebiete des Agentenwesens. Vor allem müssen die Provisionen zur Hälfte vom Direktor getragen werden. (Stürmischer Beifall.) — Es gelangte schließlich folgende Resolution zur Annahme: „Die im großen Saale der Philharmonie in Berlin am 1. März versammelten Männer und Frauen richten angedehnt der vielen sozialen Mißstände, die sich im Bühnenwesen ergeben und die weiblichen Bühnenmitglieder besonders hart treffen, an Bundesrat und Reichstag die Forderung um baldigen Erlass eines Reichstheatergesetzes das allen Bühnenangehörigen ein Mindestmaß hygienischen und rechtlichen Schutzes gewährleistet. Den besonderen Interessen der weiblichen Bühnenangehörigen ist in diesem Reichstheatergesetz Rechnung zu tragen durch Regelung der Kostümlage sowie durch größeren Schutz der Mutterchaft. Beseitigung der historischen und modernen Kostüme; Verhinderung der Schontage; Beseitigung der Schwangerschaftspara-graphen und des Scheiters; verbods; Einführung einer Mutterchaftsversicherung. Neben dieser Forderung der Staatshilfe spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß die weiblichen Bühnenangehörigen auch das wirksamste Mittel der Selbsthilfe ergreifen und sich dazu vor allem fester als bisher zusammenschließen und innerhalb der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger mit den männlichen Kollegen zur Vertretung und Förderung ihrer Standesinteressen nach Kräften zusammenarbeiten. Insbesondere richtet die Versammlung an Behörden und Stadtverwaltungen die Bitte, in den Theaterverträgen auf Beseitigung der obigen Mißstände zu dringen.“

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Rosenkranz nur v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Zusätze sind nur ausnahmsweise erlaubt. Mittelsteine. Die Reife an den Ort des Mittelsteins und von dort zurück haben Sie selbst zu bezahlen. Sch. Schweidnitz. Es ist dieses Gesetz nicht bekannt; wir glauben, es liegt ein Verbot vor. W. Wroclaw. Dieser Lohnabzug ist nicht erlaubt. F. M. 1. Klein. Die Namen der beim Oberlandesgericht zugelassenen Rechtsanwälte finden Sie im Adreßbuch, Teil IV, Seite 7. W. Sch. Weichselwitz. Wenn Sie nicht weiter zahlen, können Sie, von der Versicherungs-gesellschaft verlagst, vom Gericht dazu gezwungen werden. W. Mietaelstraße. Der Vollstreckungsbeamte kann auch in diesem Falle 40 Pf. für den Gang verlangen. M. Seidau. Sie haben sich nicht strafbar gemacht. Gergau. Ihre Angelegenheit könnte nur als Inserat erscheinen. M. W. G. Da Ihnen der Wirt nicht nachweisen kann, daß durch Ihre Schuld der Wirt'schankstempel beschädigt worden ist, brauchen Sie keinen Schaden rufen. W. A. Ohlau. 1. Die viel Lehrlinge ein Handwerksmeister halten darf, der keinen Gesellen beschäftigt, ist leider weder im Gesetz, noch in den Vorschriften der Handwerkskammer festgelegt. 2. Werden Sie sich an den Regierungs-Präsidenten in Breslau. W. S. 555. Homöopathie ist die Heilmethode, die die Kranken mit Mitteln zu heilen sucht, die im gesunden Körper die gleichen Uebel hervorzurufen sollen. Kattowitz. Ueber Veranstaltungen von Gefelligkeitsvereinen können wir im redaktionellen Teile nicht berichten.

Ruba-Seife

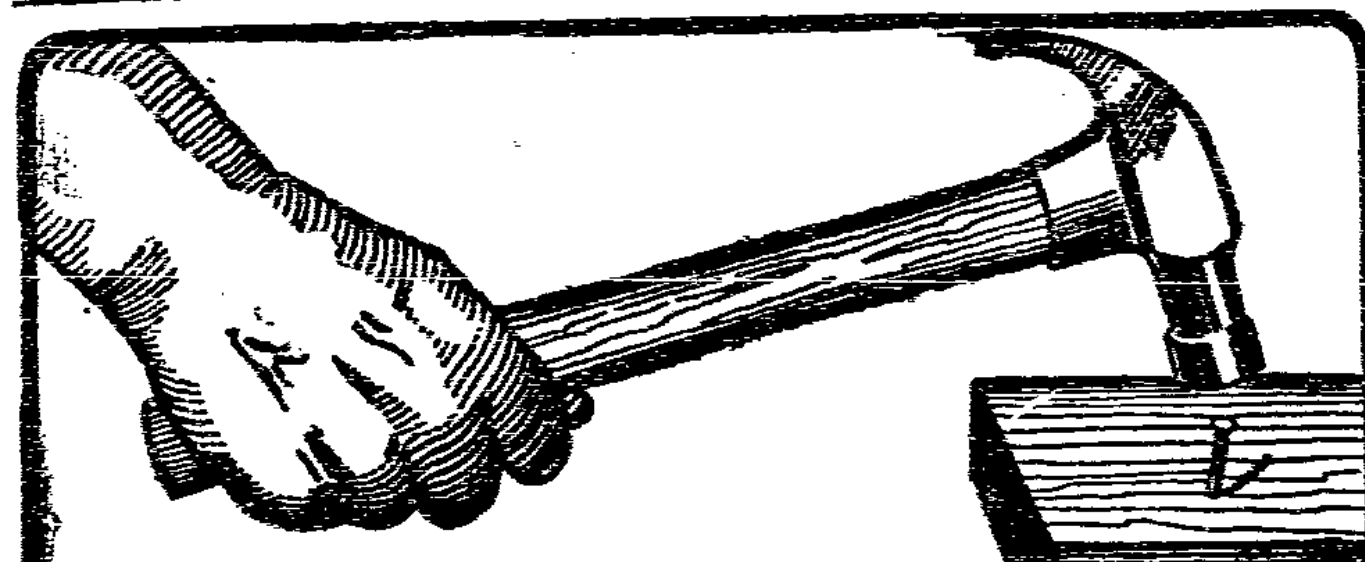
D. R.-P. 158 572. — Prämiert 1908 Gold-Medaille.

Preiswert - Reell - Sparsam

ist „Ruba-Seife“. Das verkürzte, patentierte, maschinelle Herstellungs-Verfahren der Ruba-Seife bedingt bei Verwendung bester Rohmaterialien eine streng reelle Kernseife (Fettsäuregehalt 60%) mit hoher Waschkraft.

Erläutlich in allen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften. Alleiniger Fabrikant der patentierten und gesetzlich geschützten Ruba-Fabrikate.

Rudolph Balhorn, Breslau XIII, Seifenfabrik.



Sie treffen den Nagel auf den Kopf, —

wenn Sie morgens und nachmittags Kathreiners Malzkaffee trinken. Denn Kathreiners Malzkaffee ist nicht schädlich, sondern jederzeit zuträglich, wohlschmeckend und billig. — Machen Sie also einen Versuch!

Uhren, neu und gebraucht, prachtvoll, Preis-Verzeichnis Nr. 80, I. (121)

Rohtabake
in großer Auswahl empfiehlt
Carl Rother & Söhne
Groschank 1, Hammerstr. 26.

F. Kühne-Wapfing das ganze Viertel
19 Pfennige.
Herzog-Druckerei 546
Rathhausstraße 72, Ecke Kolonnenstraße.

Proletarierkrankheit und franke Proletarier.

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas

Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Die Richtschnur



für gutes Wirtschaften liegt nur in der richtigen Wahl der Haushaltsbedürfnisse. Zum Kochen, Braten u. Backen sowie als Brotaufstrich läßt sich die teure Butter vorzüglich ersetzen durch die van den Bergh'schen Margarine-Marken

Clever Stolz und Vitello.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Niefige Fränge Billige Preise

Wir empfehlen aus heute eingetroffene Spezialladung Gerichte die billigste in dieser Woche)

Prachtvollen Seelachs und Kabeljau Pfd. 25.

Prachtvolle Bäcklinge Riffe 1,35. Erythen Riffe 1,25.

D. D.-F.-G. Nordsee,